

Bezugspreis:

Vom 16.-22. Dezember 1 Billion über 1 Goldmark ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Zeit und Welt“ ...

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Einzelheftpreis:

Die einseitige Honorarbesetzung ...

Wünschen für die nächste Nummer ...

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Freitag, den 21. Dezember 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Scharfe Opposition in Bayern.

Änderung des Wahlgesetzes — Verminderung der Ministerien — Anträge gegen den Ausnahmezustand.

München, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Der Donnerstagsabend des Landtages ...

Die sozialdemokratische Fraktion ist bereit, diesem Antrag zuzustimmen ...

Nach die des nationalsozialistische Mittelpartei ist für die Auflösung des Landtages ...

Zu Beginn der Plenarsitzung, die wiederum einen außerordentlichen Charakter aufwies ...

Nach 1 1/2 stündiger Aussprache über die dem Plenum überreichten Anträge ...

Antrag der Deutschnationalen Mittelpartei wurde der Abschaffung der eine Änderung des Wahlgesetzes ...

Aber die Art der Zusammenlegung der Ministerien läßt sich noch nichts Bestimmtes sagen ...

Eine Niederlage der Volkspartei.

München, 20. Dezember. (WIB.) Der Antrag der Bayerischen Volkspartei auf Änderung des Paragraphen 92 der Bayerischen Verfassung ...

Nach dem § 92 der Bayerischen Verfassung können Änderungen an der Verfassung nur durch 2/3 der Mitglieder ...

Rücktritt des Landwirtschaftsministers.

München, 20. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Infolge der Forderung, die der Bayerische Bauernbund bei der Beratung ...

ihren diensttunenden Kollegen nicht unterdrückt wurde, so daß die Regierung die Munizipalgarde ...

Englands Sachverständige.

London, 20. Dezember. (WIB.) Die britischen Mitglieder des Sachverständigenausschusses der Reparationskommission ...

Durch das Engagekommen Montagu Normans wurde feierlich in besonders kritischer Stunde die Frage der belgischen Schatzkammer ...

Gompers für Deutschland.

New York, 20. Dezember. (WIB.) Wie aus Washington gemeldet wird, hat der Arbeiterführer Samuel Gompers ...

Wo bleibt das Arbeitsgericht?

Von Prof. Dr. Hugo Sinzheimer.

Nach Zeitungsberichten soll die Reichsregierung den Entwurf eines Arbeitsgerichtsgesetzes zurückgezogen haben ...

Dah die Errichtung von Arbeitsgerichten eine unausschließbare Notwendigkeit sei, war nach dem Kriege grundsätzlich von keiner Seite mehr bestritten ...

Man fragt sich erstaunt, welche besonderen Kosten in erheblicher Höhe durch die Errichtung der geplanten Arbeitsgerichte auf Grund des Entwurfs entstehen sollten ...

Aber auch wenn an sich erhebliche Kosten durch die Errichtung von Arbeitsgerichten entstehen würden, so wäre doch angesichts der allgemein anerkannten Notwendigkeit ...

An Kollisionsfällen ist es nicht anders. Wir haben einen Kollisionsprozess, der in seiner Durchführung das unmodernste und kostspieligste Instrument ist ...

Ein Vorstoß gegen Poincaré.

Die gefährliche Beamtenbewegung.

Paris, 20. Dezember. (WIB.) In der heutigen Sitzung der Kammer wurde ein Antrag des Abg. Broussé mit 331 gegen 200 Stimmen angenommen ...

Darüber mahnt noch die Egyptisch-Korrespondenz:

In der Diskussion über die Teuerungszulagen für die Beamten ist die Regierung Poincaré heute nur durch geschickte Maßnahmen des Abg. Broussé vor einem Sturz gerettet worden ...

Seit Wochen herrscht auch in Frankreich eine große Erregung unter den unteren Beamtenkategorien, die eine Teuerungszulage von 1800 Francs verlangen ...



Regel mindestens 2 Termine voraus: ein Verhandlungstermin, in dem beschloffen wird, die Beweismittel zu erheben, und ein Verkündungstermin, der 14 Tage später diesen Beschluß verkündet. Wir wissen auch, daß es heute eine Anzahl Richter gibt, vor allem in der freiwilligen Gerichtsbarkeit, insbesondere beim Grundbuchwesen, die durchschnittlich kaum 2 Stunden am Tag zu tun haben. Wir wissen ferner, daß eine Anzahl von Beamten nur deswegen beschäftigt ist, weil die Betriebsmittel veraltet sind. Man darf wohl ohne Übertreibung sagen, daß mindestens 10 Proz. unserer Staatsanwälte überflüssig werden, wenn wir der Staatsanwaltschaft die nötige Zahl von Schreibmaschinen und stenographisch ausgebildeten Hilfskräften zur Verfügung stellen, so daß der Staatsanwalt, statt die Anklage eigenhändig zu schreiben, sie kurzerhand in die Schreibmaschine diktieren kann. Das sind nur Auschnitte! Der Kenner kann sie zehnfach ergänzen.

Wie kann der Reichsfinanzminister angesichts dieser Verschwendung von Menschenkraft und Geld für die überflüssigsten Dinge behaupten, daß Geld für ein notwendiges Ding nicht aufzubringen sei? Hätten wir Menschen mit wirklich organisatorischer Energie, so könnte gerade die Errichtung von Arbeitsgerichten die Veranlassung für eine schnelle, durchgreifende, längst notwendig gewordene Justizreform sein.

Wir hoffen, daß die sozialdemokratische Fraktion die Frage des Arbeitsgerichts so schnell wie möglich von neuem in Fluß bringt. Ihre Lösung ist nach allen Seiten hin vorbereitet, der in letzter Stunde durch das Reichsfinanzministerium bereitete Widerstand ist offensichtlich unbegründet. Die Art, wie sich die Regierung und die bürgerlichen Parteien zur schleunigen Einführung des Arbeitsgerichts stellen werden, wird zugleich ein Prüfstein dafür sein, wie sie überhaupt zur Fortentwicklung des Arbeitsrechts in Deutschland stehen. Soll die großangelegte Aktion für die Schaffung eines einheitlichen Arbeitsrechts, die nach der Revolution begonnen und für die die wesentlichen Vorarbeiten geleistet sind, in Nichts zerrinnen? Die Errichtung des Arbeitsgerichts ist nur ein Teil dieser Aktion.

Das Reichsarbeitsministerium hat bisher mit Umsicht und innerer Anteilnahme die Arbeiten für die Neuordnung des Arbeitsrechts gefördert. Will es das Werk scheitern lassen? Der wirtschaftliche Zusammenbruch Deutschlands hat den Arbeitnehmern fast alles genommen. Rückwärtslos erhebt sich die Kapitalistenklasse, um die letzte Frucht ihrer Inflationspolitik zu pflücken. Die entschlossene Fortsetzung und schleunige Beendigung des Arbeitsgesetzbuchs der Arbeit wäre ein Mittel, um wenigstens auf einem Teilgebiet neues Vertrauen zu gewinnen. Kein wirtschaftliches Gebot kann und darf das Unrecht des Meinens verkürzen, ein klares Recht zu haben und zu finden. Der Kampf um das Arbeitsrecht ist kein Parteikampf. In ihm werden alle Arbeitnehmer, einerlei welcher Gruppe, Richtung und Partei sie angehören, einig stehen. Der Reichsarbeitsminister wird in Kürze eine klare Antwort darauf zu geben haben, ob er mit der Zurückstellung des Arbeitsgerichts das Werk, in dessen Dienst er sich selbst gestellt hat, aufgeben will oder nicht. Wir glauben es nicht. Aber er wird sich darüber klar sein müssen, daß die unbegriffliche Zurückziehung des Arbeitsgesetzbuchentwurfs den Gedanken an solchen inneren Abfall leider hat aufkommen lassen.

## Die Neuregelung der Lohnsteuer.

In der zweiten Steuernotverordnung, die jetzt im Wortlaut vorliegt, ist der Steuerabzug vom Arbeitslohn folgendermaßen neu geregelt:

Vom Arbeitslohn bleibt für den Arbeitnehmer ein Betrag von 50 Goldmark monatlich oder 12 Goldmark wöchentlich steuerfrei. Von dem überschreitenden Betrag hat der Arbeitgeber 10 Proz. bei jeder Lohnzahlung einzubehalten. Der Prozentsatz ermäßigt sich um 1 Proz. für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau, sowie für jedes Kind. Der Reichs-

finanzminister ist ermächtigt, das steuerfreie Existenzminimum abzuändern.

Soweit diese wichtigsten Bestimmungen. Unter gewissen Voraussetzungen ist eine Erhöhung des steuerfreien Einkommens von Fall zu Fall zulässig. Es versteht sich von selbst, daß ein Existenzminimum von 12 M. wöchentlich bei der gegenwärtigen Teuerung als außerordentlich niedrig anzusehen ist. Die Befassung, die auf die Arbeitskraft entfällt, wird durch die Erhöhung der Umsatzsteuer, die der Verbrauch trägt, noch vergrößert, während man andererseits bei den Besitzsteuern und sogar bei der Erbschaftsteuer außerordentlich milde vorgegangen ist. Wieder sind es Arbeitskraft und Verbrauch, die die Hauptlast der Finanzreform tragen sollen, so ist es der Wille einer bürgerlichen Finanzpolitik, gegen die entschieden Einspruch erhoben werden muß.

## Das Elend des Ausnahmezustandes. Staatsrechtliche Verwirrung in Sachsen.

Der Befehlshaber des Wehrkreiskommandos IV, General Müller, hatte vor einiger Zeit die Aufstellung von Wahlvorschlügen für die radikalen Parteien in Sachsen verboten. Auf Betreiben der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags beschloß sich der Rechtsausschuß des Reichstags mit der Angelegenheit und erklärte das Vorgehen des Generals für rechtswidrig. Das Verbot wurde darauf zurückgezogen.

Demit wäre dieser an und für sich unerquickliche Fall vorläufig erledigt, wenn nicht militärische Stellen das Vorgehen des Militärbefehlshabers mit Maßnahmen der sächsischen Regierung in Zusammenhang gebracht hätten. Da die Vertrauenswürdigkeit der sächsischen Regierung von militärischen Stellen schon wiederholt angezweifelt worden ist, sieht sich die sächsische Regierung genötigt, die Sachlage aufzuklären. Der sächsische Innenminister, Genosse Liebmann, hat deshalb an den Reichswehrminister folgendes Schreiben gerichtet:

„Bei der Beratung im Rechtsausschuß des Reichstags über die Eingriffe des Generals Müller in das Gemeinwohlrecht in Sachsen hat nach Zeitungsmeldungen das Reichswehrministerium erklärt:

1. Das Verbot der Aufstellung kommunistischer Wahlvorschlüge wurde dadurch veranlaßt, daß die sächsische Landesregierung gegen die Nationalsozialistische Partei Maßnahmen ergriffen hatte, die auf ein Verbot der Aufstellung von Wahlvorschlügen hinausliefen.

2. Nachdem die sächsische Regierung erklärt hat, daß diese der Aufstellung der nationalsozialistischen Wahlvorschlüge kein Hindernis in den Weg legen wolle, ist die unmittelbare Veranlassung für das Verbot fortgefallen.

Ich gestatte mir, Sie, Herr Reichswehrminister, darauf aufmerksam zu machen, daß, falls diese Zeitungsmeldungen den Tatsachen entsprechen, die Erklärungen, die das Reichswehrministerium im Rechtsausschuß des Reichstags abgegeben hat, auf Unwahrheit beruhen. Die sächsische Regierung hat niemals daran gedacht, bei den bevorstehenden Gemeinderatswahlen irgendwelche Maßnahmen gegen die nationalsozialistische Partei zu ergreifen. Da sie niemals ein Verbot der Wahlvorschlüge der Nationalsozialistischen Partei erzwungen hat, war sie auch niemals in der Lage, zu erklären, daß sie der Aufstellung von nationalsozialistischen Wahlvorschlügen keine Hindernisse in den Weg legen wolle. Das sind die Tatsachen. Wer das Gegenteil behauptet, läßt, indem ich Sie, Herr Reichswehrminister auf die Tatsachen aufmerksam mache, hoffe ich, Ihnen einen Dienst erwiesen zu haben und zeichne mit vorzüglicher Hochachtung  
Liebmann.“

Wir bedauern im Interesse des Reichs, der Reichswehr und der sächsischen Landesregierung, daß auch in diesem Fall über die Tätigkeit der sächsischen Regierung zwei Lesarten bestehen, die sich nicht miteinander decken. Das Schreiben zeigt einen hohen Grad von Verwirrung gegen das Wehrkreiskommando IV. Die Mißstimmung ist nach den mancherlei

Eingriffen des Militärbefehlshabers in die Rechte der sächsischen Landesregierung und nach den Angriffen auf die Ehre der sächsischen Regierung erklärlich. Das Schreiben ist das Echo auf eine öffentliche Richtigerstellung des Reichswehrministeriums, die in der selben Tonart gehalten war.

Daß es dem Ansehen und Interesse des Reichs, der Reichswehr oder der sächsischen Regierung dient, wenn sächliche Differenzen in dieser Weise ausgetragen werden, wird niemand behaupten können. Es ist deshalb dringend notwendig, die Kompetenzen der militärischen Stellen und der Landesregierung scharf voneinander abzugrenzen. Das ist aber nur möglich, wenn der Ausnahmezustand beendet wird.

## Neuwahlen in Sachsen?

Dresden, 20. Dezember. (Eig. Drahtber.) Der Landesarbeitsausschuß stellte am Donnerstag in einer Zuschrift an die Parteipresse fest, daß der Versuch, mit kommunistischer Unterstützung eine sozialdemokratische Minderheitsregierung aufrechtzuerhalten, an den unmöglichen Forderungen der KPD scheiterte. Es heißt in der Zuschrift u. a.: Zum Beispiel verlangte die Kommunisten die Bewaffung der Arbeiterschaft und Demonstrationen, um auf der Straße gegen die Militärdiktatur zu protestieren. Sie forderten eine Taktil, die angesichts der Situation im Lande und der gegebenen Machtverhältnisse zu einer sicheren Niederlage der Arbeiterschaft führen müßte. Die Kommunisten wollen offenbar zurzeit keine Verständigung mit unserer Partei. Sie hätten sich bereits vor den Verhandlungen auf Neuwahlen des Landtages festgelegt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es zurzeit nicht in Frage kommen kann, daß Kommunisten in die Regierung eintreten. Die Unterhändler der Partei verdrachten, den Kommunisten klar zu machen, daß es nimmermehr darauf ankomme, über die Ursache der Schwächung der Arbeiterschaft zu rechten, sondern es die Aufgabe aller proletarischen Vertreter sei, die Wirkungen der Schwächung herabzumildern. Der sächsische Regierungsapparat ist zum mindesten im Sinne der Verteidigung proletarischer Interessen ein wichtiger Stützpunkt. Ihn zu halten wäre proletarische Pflichterfüllung. Dazu aber sind die Kommunisten zurzeit nicht bereit; sie glauben, daß sie, wenn nicht zahlenmäßig, so doch moralisch gestärkt aus einem Wahlsieg hervorgehen werden. Dabei kümmert es sie nicht, daß die proletarische Mehrheit in einem Wahlsieg verlorengehen könnte. Auch für eine Aufhebung der Landtagsauslösung sind die Kommunisten nicht zu haben.

Am Dienstag beschloß sich die Landtagsfraktion mit der nunmehr gegebenen Lage. Sie beschloß, eine Kommission von drei Männern zu wählen, um mit den Demokraten in Fühlung zu treten. Aufgabe der Kommission sollte sein, festzustellen, unter welchen Bedingungen ein Zusammenarbeiten mit den Demokraten möglich sein würde. Die Ministerarbeit der Landtagsfraktion kämpfte die Entsendung einer solchen Kommission.

In dem Schreiben wird weiter die Bildung einer Koalitionsregierung wie auch die Einberufung eines Landesparteitages besprochen und die Auflösung des Landtages verlangt. Die sächsische Partei, so schließt der Bericht, hat sich auf alle Fälle auf einen entscheidenden Wahlkampf einzustellen, damit eine klare sozialistische Politik über die Machtansprüche der kapitalistischen Parteien und die parteilegitimierten Dogmen der Kommunisten den Sieg davonträgt.

## Das Reichstagswahlgesetz im Reichsrat.

In der Donnerstagssitzung des Reichsrats stand der Gesetzentwurf zur Änderung des Wahlgesetzes auf der Tagesordnung. Der Berichterstatter führte aus, die Reichsregierung habe in den Ausschüssen eine Erklärung abgegeben, wonach sie beschlossene, sobald wie möglich, spätestens Mitte Januar, dem Reichsrat einen Entwurf vorzulegen, in dem den preussischen Wünschen entsprechend eine Änderung des Wahlgesetzes Berlin-Brandenburg vorgeschlagen werden und ferner die Zahl der Reichstagsabgeordneten herabgesetzt werden soll. Mit Rücksicht auf diese Zusicherungen hätten die Ausschüsse mit Mehrheit von einem Einspruch abgesehen. Der bayerische Gesandte Dr. v. Preger erklärte dazu, daß mit Rücksicht auf die Bedenken gegen die ständigen Stimmlosen Bayern dem Gesetzentwurf nicht zustimmen könne. Der Reichsrat stimmte mit Mehrheit dem Gesetzentwurf zu, ohne Einspruch zu erheben. Der Antrag des Berichters der Provinz Sachsen über gewisse Rückstände im Reichs, insbesondere des militärischen Ausnahmezustandes, wurde wiederum von der Tagesordnung abgelehrt.

## Kreisler.

Von Jakob Altmaler.

Sein zweifacher Ruhm als Mensch und als Künstler reicht von New York bis Moskau. Von seinen Konzerten las ich, daß sich in allen Städten, wohin ihn sein Weg führt, die begeistertsten Menschen zu Tausenden um die Eintrittskarten schlangen und kein Saal groß genug sei, um auch nur einen Bruchteil dieser zu erfassen, die ihn hören wollen. Ich liebe es nicht, mich um Eintrittskarten zu kaufen. All die Schilderungen über Kreisler konnten mich deshalb nicht zu einem seiner Konzerte bringen. Erst ein Schlupfartikel eines deutschen Blattes über den Menschen Kreisler machte mich neugierig und genussüchtig. Wo jene hoffen, muß etwas zu stehen sein.

Ein Bekannter schenkte mir eine Karte. Ihm und dem deutschen Schreier sei es gedankt, daß ich ein Erlebnis hatte, das zu den seltensten meines Lebens zählt.

Auf den Straßen zur Pflharmonie reißt sich Wagen an Wagen. Ströme von Menschen drängen in die Tore. Mitten im Fluß, wie ein Fels, eine Reihe Frauen und Männer, die nach einer Eintrittskarte fragen. Und immer wieder aus dem Strom, ob der Frage, halb mitleidig lächelndes, halb entrüstetes Kopfschütteln; und bei den Fragen verzweifelte Augen, die immer neuen Mut schöpfen. Um die Kleiderablage hilfloses Gewühl, Hasten, Drängen und doch eine gegenseitige Hilfsbereitschaft, die man nur dort kennt, wo Frieden ist und Freude herannah. Die „Damen der Gesellschaft“ in großer Toilette, voll blinkender Brillanten um Hals, Finger und Kopf. Kostbarste Pelze; daneben einfache und schmucklose Mädchenkleider, kleine Angestellte, die in die Ecke gedrückt in ihrem Programm lesen, nicht achtend der vornehmten Damen. Drinnen im Saal Tausende auf ihren Sitzplätzen, auf den Galerien, auf der Bühne oder in den Gängen stehend.

Beifall rauscht Kreisler! Stille! Einleitende Klavertöne und dann eine Oboe. Ich bin kein Musikkenner, und liebe einen Bläser Balzer mehr als den Feuerzauber. Dieser erhebt mich, jener erfüllt mich mit Blut und Beben. Ob Kreisler einen hohen Ton zu hoch oder zu tief spielt, Pausen nimmt, wo keine sein sollen, wie seine Technik ist — all das kann ich nicht beurteilen. Ich will es auch nicht. Ich weiß nur, daß die Töne seiner Geige nicht von dieser Welt waren. Manchmal sah ich das azurblaue Mitteländische Meer, wie man es nur sieht, wenn man auf Capri am Salte Liberia steht und vergehen möchte vor Unendlichkeit. Manchmal hörte ich, als käme es vom Vido in Venedig, das „Sul mare lucida“ eines italienischen Fischers, der unterem sternbesäten Himmel seine Gondel kreibt. Dann wieder klagte es, als sei eine jener leeren Todesnächte im Argonner Wald gekommen oder bei Veranno, wo sich in weiter Ebene bei hellem Mondlicht nur Pfähle von Stachelröhren in die Höhe recken. Und dann kam Mozart. Ferne Zeiten, die kokett schwarzweizen, als wäre wieder ein Rosenmontagsball in der Mainzer Stadthalle. Und noch einmal. Und

dann wieder Sterne und Jugend und Wald und Meer und Tränen. Manchmal stieg ein Ton auf, so dick und keryg-rade, höher und höher, als roge ein unendlicher Ton zum Firmament; manchmal ging Feuerwerk auf, blaue, rote, grüne und weiße Kugeln und Räder in allen Farben des Regenbogens.

Und immer wider Beifall, Begeisterung, Wärme und neues Erleben. Verschwunden waren Toiletten, Perlen und Edelsteine. Armeligkeiten! Es war eine Demokratie der Zuhörer und Beglückten, als gäbe es nur ein einziges Ohr und nur eine einzige Seele und nur eine einzige Hand unter all diesen Tausenden. Jammer schöner, immer lebendiger, immer größer wurde die Stunde. Vor mir, in der vordersten Reihe, sahen sieben träumende Japaner. Und als das Programm zu Ende ist, springen diese äußerlich unbewegten, schäblich fahlen Asiaten zur Bühne und klatschen und tosen mit allen, die stets näher zur Bühne drängen. Und stets aufs neue muß sich der Spieler zeigen und danken, und immer wieder muß er heraus, und immer mehr Menschen drängen zur Bühne, auf die Bühne, um ihn herum und niemand will weichen, bis er noch einmal spielt. Ende, Ergriffenheit, Beifall, der nicht endet und neu begehrt und so stürmisch fordert, daß man die Bühne verdunkelt, um das Schlupfzeichen zu geben. „Kreisler“ ruft es aus hundert Reihen, so schreckhaft und sehnsüchtig, als wäre es der Chor aus einer griechischen Tragödie. „Kreis-ler“, „Kreis-ler“... Neues Licht, neue Ruhe. Er steht mitten im Gewühl wie auf einem Marktplatz, schließt die Augen und spielt einen Volkstanz. Es ist, als lese man Märchen aus alten Zeiten.

Er hat für die Hungernden gespielt! Mächtige er ein einziges Mal zu den frierenden Proletariern gehen in die Gegend der Mietskasernen, um den Enterbten einen Sonnenstrahl zu geben, ein Zeichen, daß noch Licht ist und Wärme, daß ein Sturm kommen wird und eine Zeit, in der kein Mensch mehr Hunger schreit.

## Alt-Berliner Weihnachtsausstellungen.

Vor etwa 100 Jahren kamen in Berlin, wie auch andermwärts, die Weihnachtsausstellungen in Flor, durch die die Künstler das schenkende Publikum zum Kauf ihrer Werke anregen wollten. Mit einer Kunstausstellung, wie sie damals noch etwas Ungeübliches war, wurde die Durchführung von Panoramen verbunden, die die Rollen extra zu diesem Zweck geschaffen hatten. Solche Weihnachts-Panoramen sind damals von den bedeutendsten Berliner Meistern, von Schinkel, Bredow, Wenzel usw., verfertigt worden. Allmählich aber wurde der künstlerische Zweck auf den Weihnachtsausstellungen in den Hintergrund gedrängt, und es bildete sich eine kuriose Anhangung wunderlicher Schenkwürdlichkeiten heraus. In den 40er Jahren des vorigen Jahrhunderts fanden die Weihnachtsausstellungen bei Kroil statt, und die Programme lassen uns erkennen, was damals das weihnachtliche Gemüt der Berliner ergriffte. Das Wichtigste war ein großer Basar. Eine große Weihnachtslotterie durfte nicht fehlen: „Gewinn einen Einjährig-Prüfungsgewinn jedes Los. Der Hauptgewinn besteht aus acht

silbernen Gegenständen.“ Erst in zweiter Linie kamen die „Kunst-sachen“.

Außerdem gab es Panoramen zu sehen, etwa „transparente Bild- und Lebensbilder, deren Erklärung in den Programmen gegeben ist, welche in dem Lokal gegen 1 Sgr. verabreicht werden.“ Diese Bilder waren „mit den pikantesten Hinweisen auf Zeitereignisse“ ausgestattet. So zeigte z. B. „30 ich verwandende Bilder den Staatshypochonder mit seinen vielen Beschäftigungen, seinen Krankheiten und Vergnügungen, mit den wichtigsten Bemerkungen erklärt.“ Die „Tableaux“ brachten bald die „Schlacht Alexanders d. Gr. gegen Darius“ oder „Ein Gastmahl im Elstinaum mit neuen, lebensgroßen, beweglichen Figuren“ oder „Eine Reise in die Schweiz“. Große Anziehungskraft übte 1847 der „Christmarkt in Schöppenstädt“. Das Programm bemerkt dazu: „Das originale kleine Provinzstädtchen glaube ich durch die diesjährige Ausstellung vorzuführen. Der Königsaal ist in eine solche umgewandelt. Rathaus, Theater, große Lohrwege, Verkaufstafel aller Art in den Häusern selbst mit den besten Firmen, gemalt von dem Dekorationsmaler Herrn Bark, bilden ein höchst drohtiges Ganzes.“ Ebenso spielten Automaten bei den Weihnachtsausstellungen eine große Rolle. Von ihnen wurde das „Theatrum mundi“ vorgeführt, bald „Darstellung von Neapel und dem feuererleuchteten Neapel mit Tages- und Nachtbeleuchtung, Seesturm usw.“, dann wieder „Das Geburtsfest des Kaisers von China, dargestellt durch mehrere hundert kleiner Figuren auf einem chinesischen Theater.“ Viel befragt war die „Schicksalsdenne, welche goldene Eier legt, in denen die dunkle Zukunft der Menschen entschieden ist.“ Außerdem traten Zauberkünstler auf, es gab Kasperle- und Marionettentheater.

Der Sowjet-Faust. Auch die russische Literatur hat nun ihren Faust erhalten, und zwar eine Fortsetzung des Goethe'schen, die von dem bekannten Schriftsteller und Volkskommissar für Erziehung Lunarscharil stammt. Das Drama, das mit anderen Sünden des Sowjetgewaltigen jetzt ins Englische überführt worden ist, führt den Titel „Faust und die Stadt“. Die Handlung schließt sich an die letzten Szenen des zweiten Teils des Goethe'schen Faust an, in denen Faust auf dem Lande, das er dem Meere obgerungen hat, eine Stadt gründet. Das Werk wurde bereits 1918 vollendet und bietet nach Lunarscharil's eigener Ansicht „ein lebendiges Bild der russischen Revolution“. Faust waltet in keiner Stadt als ein „aufgeklärter Despot“, aber er herrscht gütlich und friedfertig. Sein Volk aber murrte gegen seinen Despotismus, mag er auch noch so aufgeklärt sein, und ist besonders während über die niedrige und dumme Gemalbertschaft seines Sohnes Faustulus. Man verlangt die Wahl von Tribunen, die das Recht des Volkes verteidigen sollen. Faust weigert sich, diese Forderungen anzuerkennen, aber um Blutvergießen zu verhindern, dankt er ob, ohne einen Nachfolger zu ernennen. Das Volk besiegt Faustulus, der vom Baron Mephisto unterstützt wird, und errichtet eine freie Regierung. Aber Mephisto bleibt nicht unaktiv; er reizt die Kaufleute gegen den Staat auf und sät Zwißtracht zwischen den beiden Tribunen. Seine beiden Diener sind Aukrub und dessen Weib Reich, die im Namen der Freiheit nichts anderes als Zerkürung wünschen. Aber alle diese bösen Mächte werden durch guten Willen und Grobherzigkeit junichte gemacht. Die Republik triumphiert; Faust leht



## Abbau und Auswärtiges Amt.

Es ist nur zu natürlich, wenn jedes Ressort sich mit allen Kräften gegen die durchgreifenden Abbaupläne der Regierung wehrt und die Unentbehrlichkeit seines eigenen Personals sowie die Notwendigkeit seiner eigenen Ausgaben mit besonderem Nachdruck betont. Es ist für die Presse nicht immer leicht, zu unterscheiden, ob die Abwehr dieses oder jenes Amtes gegen die „Sparsamkeitsmassnahmen“ nicht nur subjektiv erklärbar, sondern auch objektiv berechtigt ist.

Gegenwärtig wehrt sich auch das Auswärtige Amt gegen verschiedene Abbaupläne, die sich sowohl auf die persönlichen wie auch auf die sachlichen Ausgaben beziehen. Daß an den sachlichen Ausgaben gespart werden kann, ist unabweisbar. Die kostspielige Einrichtung der Kurier muß auf das wirkliche Mindestmaß beschränkt werden, es dürfte künftig auf telegraphischem Wege nur das allerwichtigste berichtet werden, auch die Zahl der schriftlichen Berichte könnte eingeschränkt werden und die ganze schreibsachlich-bürokratische Behandlung der ein- und ausgehenden Aktenstücke bedeutend — übrigens in allen Ministerien — eine recht überflüssige Zeit- und Geldverschwendung. Außerdem sind wir überzeugt — und wir haben dies bereits vor Monaten bei der Abfindung des ersten Cuno-Angebots auf das schärfste gerügt — daß die an sich notwendige, aber sehr zeitraubende Einrichtung der Chiffretelegramme bis zum Größten getrieben wird. Bekanntlich wurde das Cuno-Angebot chiffriert nach Paris übermittelt, um von der dortigen Botschaft unverzüglich der französischen Regierung überreicht zu werden. Dabei passierte — angeblich — ein verhängnisvoller Chiffrierfehler, der nachträglich berichtigt werden mußte. Es sollte in Zukunft überhaupt nur das chiffriert weitergegeben werden, an dessen Geheimhaltung ein wirkliches Interesse vorliegt. Das kann aber unmöglich der Fall sein bei Dokumenten, die im vollen Vertrauen und sofort einer fremden Regierung überreicht werden sollen. Gerade durch eine solche Anwendung des Chiffrierwesens gibt man der fremden Macht die Möglichkeit, die eigene Chiffre zu entziffern.

Berechtigt wäre es dagegen, wenn man an den — übrigens im Vergleich zu den entsprechenden Aufwendungen anderer Mächte sehr bescheidenen — Kulturausgaben im Etat des Auswärtigen Amtes sparen wollte. Nur müßte dafür gesorgt werden, daß die ausgegebenen Gelder auch wirklich nützliche Verwendung finden und auch nach dieser Richtung hin von parlamentarischen Ausschüssen kontrolliert werden.

An personeller Hinsicht scheint ein erheblicher Abbau kaum möglich, denn gerade die in dieser Beziehung bisher gemachten Vorschläge sind zum Teil schädlich; so zeigt die Ansetzung einer Zusammenlegung der Gesandtschaften in Südamerika von einer absoluten Verkürzung der dortigen Verhältnisse, ebensowenig wie es möglich ist, eine einzige Gesandtschaft sowohl für Bulgarien und für Serbien zu unterhalten, ebensowenig ist dies angängig z. B. für Peru und Ecuador oder Bolivien und Chile. Das gilt in noch höherem Maße für die vorgeschlagene Zusammenlegung in den baltischen Randstaaten. Ueberhaupt ist Deutschland gerade jetzt und mehr denn je auf Freundschaften und Sympathien in der Welt angewiesen und es sollte gerade die Hauptaufgabe seiner offiziellen Auslandvertreter sein, diese zu wecken.

Das ist allerdings der wunde Punkt: Nachdem es in der Vorkriegszeit unserer Diplomatie so wenig gelungen ist, diese Sympathien zu wecken — die Zahl der Kriegserklärungen spricht eine nur zu deutliche Sprache —, wäre es angebracht gewesen, gerade im auswärtigen Dienst die Demokratisierung der Verwaltung energisch durchzuführen. Von ganz schmerzlichen Anfängen in den Jahren 1919 bis 1920 abgesehen, ist aber nichts dergleichen geschehen, vielmehr beweist ein Blick in die Liste unseres diplomatischen Korps, daß alles beim Alten geblieben ist: ein Graf reißt sich an den anderen, unterbrochen manchmal durch einen Prinzen oder einen Freiherrn, und die meisten Diplomaten bürgerlicher Abstammung gehören eben „zum Bau“ und sind eben nur Rädchen der Welt, deren Gefühle für die Republik einer eingehenden Untersuchung kaum standhalten würden. Hier muß der Hebel angelegt werden. Und es ist wohl kein Zufall, daß vor zwei Jahren der aus Tiflis zurückgekehrte

mit einer Dampfmaschine zurück, die er gerade erfunden hat, und schenkt sie dem Staat. Seine dankbaren Untertanen errichten ihm ein Denkmal; er kann nun zum Augenblick sagen: „Verweile doch, du bist so schön“ und stirbt daraufhin, getreu der Goethe'schen Uebersetzung. So also vollzieht sich die Handlung dieses „Sowjet-Hafts“, bei dem es sich weniger um die Entlohnung dichterischer Leistungen als um die Verechtung politischer Ideen handelt.

Auf dem Wege zum Perpetuum mobile? Versuche, die in jüngster Zeit gemacht wurden, haben gezeigt, daß es durchaus nicht unmöglich ist, der Lösung des Problems des Perpetuum mobile (Selbstbeweger) durch das Mittel der strahlenden Materie näherzukommen. Freilich wird dadurch an der Tatsache, daß ein wirkliches Perpetuum mobile unendlich ist, nichts geändert; nur ist die Energie, die die strahlende Materie, insbesondere das Radium erzeugt, so mächtig und in ihrem Ausmaß gegenüber jeder anderen Energie so unerschöpflich, daß ihre Ausnutzung im Hinblick auf die Kurzezeitigkeit aller menschlichen Einrichtungen beinahe unbegrenzte Möglichkeiten bietet. So hat beispielsweise schon vor zehn Jahren Lord Kelvin eine Radiumuhr konstruiert, die keiner ununterbrochen in Gang gehalten ist, ohne daß sich eine Reparatur oder ein Eingreifen von Menschenhand als nötig erwiesen hätte. Die Strahlen, die das Radium ausstrahlt, sind elektrisch. Insbesondere die sogenannten Beta-Strahlen erwirken sich mit negativer Elektrizität geladen. In der Uhr hatte Lord Kelvin das Problem dadurch gelöst, daß er eine Glasröhre, die vollständig luftleer gemacht worden war, nahe und in ihrem Innern ein Bündel aus Quarz aufhängte, an dem eine kleine, ein winziges Stückchen Radium enthaltende Spitze befestigt ist. In der Spitze dieser Röhre sind zwei Goldplatten eingelassen. Wenn nun die negativ geladenen Beta-Strahlen die Wände der dünnen Röhre durchbrechen, so wird dadurch das in der Röhre befindliche Radium positiv geladen. Die graduelle Anhäufung dieses Ladungselements bewirkt, daß sich die kleinen Goldplatten im Innern der Röhre ausweichen, bis sie die Seitenwände der größten Glocke erreichen, wo sie entladen werden und automatisch in ihre normale Lage zurückgelangen. Das von Lord Kelvin in seiner Uhr aufgestellte Prinzip kann natürlich in mannigfacher Weise variiert werden.

Frankreichliche Dichter unterschätzen die Deutschlandhilfe. Wie das „Revue de France“ meidet, erzählt die literarische Rundschau von Romatin, daß ein Spanier eine Spende von 1000 französischen Franc für notleidende Schweizer und deutsche Flüchtlinge. Günstigste sollte in Aussicht sein, daß er mit anderen französischen Dichtern einen Antrag zur Unterstützung der Deutschlandhilfe an das französische Volk richten sollte.

Olwalds Farneleber, die die wissenschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung der Farne auf eine neue Grundlage stellt, wird jetzt durch eine internationalistische Gesellschaft vertrieben werden.

Spanischer Protest gegen die Stereotypen. Die spanischen Literaturvereine richteten an das Direktorium des Glaciers, die Aufhebung der Ehrenrechte zu betreiben.

Die organische Elektrizität des Menschen. Nach Versuchsversuchen am Menschen in dem Direktor des Deutschen Kaiserlichen Instituts, Professor Kohnen, der experimentelle Nachweis gelungen, daß die Nervenenden im menschlichen Gehirn den elektrischen Wellen ähnelnde elektrische Strömungen ausstrahlen. Das Experiment ist mit Hilfe von dem berühmten Forscher der Universität Bologna, Prof. Riccioli, durchgeführt und sein Erfolg als zweifelsfrei festgestellt worden.

Genosse Kaufher sofort nach Lehren geschickt werden sollte — offenbar war ein entlegenerer Posten damals nicht frei — und daß jetzt von einer Rückkehr des Genossen Landsberg (gegen den sich sachlich sicher nicht das Geringste einwenden läßt) nach Brüssel auf einmal nicht mehr die Rede ist, daß man aber dafür mit dem Gedanken spielte, ihn nach — Bogota (Kolumbien) zu verbannen!

Solange solche Skandale möglich sind, wird man sich nicht darüber wundern dürfen, wenn in den weitesten Kreisen des Volkes nur wenig Vertrauen dem Auswärtigen Amt entgegengebracht wird.

Dennoch wollen wir objektiv feststellen, daß ein Abbau des Auswärtigen Amtes in personeller Hinsicht — d. h. durch Streichung von diplomatischen und konsularischen Posten im Auslande — nicht den Interessen des Reiches entspricht. Rot tut lediglich eine grundlegende Umschichtung unseres Diplomatienkorps. Außerdem wäre eine strenge Kontrolle der Ausgaben unserer Missionsbüros im Auslande für Repräsentationszwecke vorzuziehen; denn die Spaten pfeifen es von den Dächern einer großen europäischen Hauptstadt, daß der dortige Missionschef trotz erheblicher Aufwandsgebühren fast keine Aufwandsausgaben bisher bestritten hat. Solche Beiträge hat es schon in der kaiserlichen Diplomatie gegeben. Aber das Reich ist jetzt zu arm, als daß einzelne Diplomaten das Sparen für das Reich mit dem Sparen für das eigene Bankkonto verwechseln dürfen.

## Das gewissenlose Sonntagsgeschäft.

Zu dem Schwindel der Korrespondenz Sonntag über „Vorwärts“, Sozialdemokratie, Ermächtigungsgesetz usw. usw. schreibt nach die „Germania“:

„Dazu wäre noch zu bemerken, daß die Korrespondenz Sonntag, die im übrigen unter Ausschluß der Dessenlichkeit erscheint, eines jener Unternehmen ist, die von Trautz und Klatsch (und, wie der vorliegende Fall zeigt, gelegentlich auch von der Lüge) leben, und das „Gewissen“ jenen Herrn Stadler zum Herausgeber hat. Der sich vom Sekretär der Bindhofshände über alle mögliche Parteien hinweg zum Rechtsradikalismus entwickelte und inzwischen auch seinen neuen Freunden bereits wieder so unbehaglich wurde, daß sie ihn in einer untergeordneten Position irgendwo im Osten feststellten. Bevor diese Herren die Frage der Sanierung der sozialdemokratischen Partei lösen wollen, wäre es für die Defensivität viel wichtiger, zu erfahren, aus welchen Quellen eigentlich Unternehmen wie das „Gewissen“ und bestimmte „nationale Aufklärungskurse“, die nichts einbringen, aber viel Geld kosten, finanziell gespeist werden.“

Die Frage ist nur zu berechtigt. Denn vom An- und Verkauf erlogener Geschäfte über die Sozialdemokratie allein kann das Geschäft kaum existieren.

## Die Not der Erwerbslosen.

Unterstützung wird abgebaut.

Unzweifelhaft wird gemeldet: Wie bekannt, ist die Reichsregierung entschlossen, unter Anspannung der letzten finanziellen Kräfte die Erwerbslosenfürsorge auch im besetzten Gebiet weiterhin zu leisten. Das ist allerdings nur bei äußerst sparsamer Verwendung der geringen verfügbaren Mittel möglich. Bei den Einsparungen, die somit notwendig geworden sind, würde es für das besetzte Gebiet mit Rücksicht auf dessen wirtschaftliche Notlage bei den bisherigen Unterstützungssätzen verbleiben, während im unbesetzten Deutschland die Sätze fühlbar herabgesetzt werden müßten. Eine einigermaßen ausreichende Fürsorge für die Erwerbslosen wird gleichwohl nur dann zu ermöglichen sein, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer einen Teil der Kosten übernehmen, wie es in der Verordnung über die Ausbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923 bestimmt ist. Diese notwendige Verteilung der öffentlichen Mittel für die Erwerbslosenfürsorge ist leider dadurch gefährdet, daß die interalliierte Rheinlandkommission bisher ihre Zustimmung zur Durchführung der genannten Verordnung im Rheinland noch nicht erteilt hat, was nun hoffentlich bald geschieht.

Die neuesten gemeldeten Unterstützungssätze für Erwerbslose und Kurzarbeiter sind so gehalten, daß sie jeden Erwerbslosen zumal in diesen Wintermonaten dem Hunger und der Kälte in der erschwerendsten Form ausliefern. Die Reichsregierung ist zu diesem rigorosen Vorgehen gegen die Erwerbslosen gezwungen, weil der im Haushaltsplan vorgesehene Höchstbetrag von 340 Goldmarken für die Erwerbslosenfürsorge im besetzten und unbesetzten Deutschland unbedingt bis 31. März ausreichen soll. Selbstverständlich fehlen die Unternehmer der Regierung unter Druck, daß die Erwerbslosen fähig dem von den Industriellen in Angriff genommenen Lohnabbau angepasst werden. Die Folge ist, daß der Erwerbslose z. B. in Berlin, das immer noch als teuerste Stadt im unbesetzten Deutschland anzusehen ist, 70 Pf. pro Tag erhält, obwohl die Lebenshaltungskosten heute noch 150 Proz. über die gleichen Kosten in der Vorkriegszeit stehen. Bei unabweisbarer Berücksichtigung der Masse des Volkes damit als Weihnachtsbescherung gebodet wird, kann man am besten daraus erkennen, daß im besetzten Gebiet noch annähernd 2 Millionen Erwerbslose und 500 000 Kurzarbeiter vorhanden sind und im unbesetzten Deutschland die Zahl der Arbeitslosen am 1. Dezember 1 450 000, die der Kurzarbeiter 1 800 000 betrug.

## Vereinfachung der Rechtspflege.

Vorschläge des Rätekommissionars.

Der Rätekommissionar des Reichstags beschäftigt sich zunächst mit einer Verordnung über die Revision der eingetragenen Genossenschaftsstatuten und mit einer Verordnung über die Ermächtigung zur Einschränkung öffentlicher Bekanntmachungen. Gegen beide Verordnungen wurden vom Ausschuss Einwendungen nicht erhoben.

Es folgte die Beratung einer Verordnung zur Vereinfachung der Strafrechtspflege, wozu vom Ausschuss mehrere Anträge zwecks Empfehlung von Änderungen des Verordnungsartes angenommen wurden. Unter anderem empfahl der Ausschuss der Reichsregierung, daß das in der Verordnung vorgesehene große Schöffengericht aus zwei Amtsrichtern mit Einschluß des Vorsitzenden und aus zwei Schöffen besteht solle. Jeder dem Angeklagten nachteiligen Entscheidung soll eine Zweidrittelmehrheit erforderlich sein. Die Strafkammer soll, wenn sich die Berufung gegen ein Urteil des Schöffengerichts oder des großen Schöffengerichts richtet, in der Hauptverhandlung mit zwei Richtern mit Einschluß des Vorsitzenden und mit drei Schöffen besetzt sein. Das Schöffengericht soll aus einem Richter als Vorsitzenden und sieben Geschworenen bestehen, im übrigen aber in seiner gegenwärtigen Gestalt bestehen bleiben. Weitere Anträge bezogen sich auf die Durchführung des Strafverfahrens sowie auf die Schluss- und Uebersetzungsarbeiten der Verordnung.

Ueber die Proporzverordnung, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen werden soll, wird noch gemeldet: Die Verordnung will bis an die Grenze des im Interesse der Rechtspflege noch Erträgliches die Strafrechtspflege vereinfachen

und damit verbilligen. Die Zuständigkeit des Einzelrichters wird erheblich erweitert. Schwerere Straftaten gehören vor das mit einem Richter und zwei Schöffen besetzte Schöffengericht, das sich für tatsächlich oder rechtlich bedeutendere Sachen zum großen Schöffengericht erweitern kann. Die erstinstanzliche Zuständigkeit der Strafkammer wird beseitigt; die Strafkammer ist nur noch Berufungskammer gegenüber den Urteilen des Amtsrichters und der Schöffengerichte. In ihr wirken ebenfalls Laien mit; die Berufung ist verschiedenes, je nachdem welches Gericht in erster Instanz entschieden hat. In dem Schwurgericht mit seiner Trennung der Schuld- und Straffrage hält der Entwurf grundsätzlich fest; er vermindert aber die Zahl der Geschworenen auf 7, verzichtet auf die Mitwirkung des Landgerichts bei der Berufung der Geschworenen und beseitigt das sogenannte premtoriische Ablehnungsrecht; die Zuständigkeit des Schwurgerichts wird zugunsten des Schöffengerichts eingeschränkt. Um das Reichsgericht zu entlasten, sollen ihm von den Landesverwaltungsämtern die weniger bedeutenden abgenommen werden; über sie entscheiden die Oberlandesgerichte. Revisionsgerichte bleiben die Oberlandesgerichte und das Reichsgericht.

Von den Verbilligungsmassnahmen, die auf dem Gebiete des Verfahrens vorgeschlagen werden, sind hervorzuheben eine Einschränkung des Berufungszwanges, eine Erleichterung der schriftlichen Urteilsbegründung und die Beschränkung der Rechtsmittel. Bei geringfügigeren Straftaten ist die Berufung ausgeschlossen, das Urteil kann nur in der Revision angefochten werden; gegen die Urteile des Amtsrichters und des kleinen Schöffengerichts kann wohlwollende Berufung oder Revision eingelegt werden.

Um den Ländern die Durchführung der neuen Organisation zu ermöglichen, muß ein Spielraum von 2 bis 3 Monaten gegeben werden. Die finanzielle Notlage ist aber so groß, daß für diese Zwischenzeit alsbald wirksame Verbilligungsmassnahmen auf dem Boden der bestehenden Organisation durchgeführt werden müssen. Die Verordnung schlägt daher vor, für die Uebersetzungsarbeiten die Mitwirkung von Schöffen und den Zusammenritt von Schwurgerichten zu verzichten; Privatklagen sollen einseitig nicht verhandelt werden dürfen und die Berufung wird bei allen Uebertretungen und Vergehen ausgeschlossen, wenn lediglich auf Geldstrafe erkannt worden ist.

## Die Ansprüche des Prinzen Leopold.

In dem Rechtsstreit zwischen dem Prinzen Friedrich Leopold von Preußen und dem preussischen Fiskus um die historischen ehemaligen kurfürstlichen Schlösser und sonstigen Besitzungen des Prinzen in Klein-Polen bei Potsdam hat das Landgericht Potsdam, nachdem die beiden Schlösser dem Prinzen zuerkannt waren, durch weiteres Urteil auch die zu den Schlössern gehörigen an den Kabinett gelegenen Parkanlagen als Eigentum des Prinzen festgestellt und den Anspruch des Finanzministeriums auf Herausgabe dieses Besitzums abgewiesen. Ueber den noch strittigen Rest soll in einem späteren Termin entschieden werden.

## Kampfstimmung in Württemberg.

Deutschnationaler Vorstoß im Landtag.

Stuttgart, 20. Dezember. (WZ.) In der heutigen Sitzung des Landtages erklärte Staatspräsident Dr. Hieber, eine Regierungserweiterung nach rechts und nach links würde seinen Beifall finden. Gegenüber einem Antrag des deutschnationalen Abg. Baxille, der der Regierung das Mißtrauen aussprach, Auflösung des Landtages und Neuwahlen am 20. Januar 1924 verlangte, erklärte der Staatspräsident, mit Wahlen würde man besser bis zu den Reichstagswahlen warten. Sollte das Ermächtigungsgesetz nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit finden, so werde die Regierung den Rücktritt erklären, anderenfalls glaube sie einen Rückhalt für die Fortsetzung ihrer Geschäfte zu haben.

## England gegen Afghanistan.

Die Londoner „Daily Mail“ beschäftigt sich an hervorragender Stelle mit der Lage an der indisch-afghanischen Grenze. Dem Blatt zufolge hat sich die Situation in den letzten Tagen wesentlich verschärft. Am 11. Dezember unternahm ein britisches Flugzeuggeschwader eine Strafexpedition gegen den Staat der Ahlwan, die auf eine britische Truppenabteilung Schiffe aus einem Hinterhalt abgegeben haben sollen. — Kandahar, die Hauptstadt Süd-Afghanistans, befindet sich nahezu in dem Zustande der Empörung, denn die afghanische Regierung hat jeden Schritt ihrer Untertanen zu den Fahnen gerufen.

Die ernste Lage an der afghanischen Grenze steht anscheinend in Verbindung mit dem vom Emir von Afghanistan kürzlich mit England abgeschlossenen Vertrag, der im Lande große Erregung hervorgerufen hat. Inwiefern türkische und moskowlitische Einflüsse diese Erregung gesteigert haben, ist nicht urkundlich festzustellen. England hat bereits ein Heer von 15 000 Mann an der indisch-afghanischen Grenze einmarschbereit konzentriert. Der Emir, heißt es, sei zu schwach, seine Regierung ohnmächtig und sein Heer weislos. Man wirft Afghanistan auch vor, daß es sein Verprechen nicht gehalten habe, die Ränder anglo-indischer Offiziere festzunehmen, wenn sie nach Afghanistan kämen; diese Männer bewegten sich in den Bosaren von Kabul.

Wie die Russische Telegraphen-Agentur aus Moskau meldet, sind in Tashkent dringende Drohrachrichten aus Kabul eingetroffen, nach denen der englische Vertreter in Kabul, Humphries, an die afghanische Regierung ein Ultimatum wegen der kürzlich an der afghanisch-indischen Grenze verübten Ermordung von Engländern gerichtet hat. Wie gemeldet wird, würde das Ultimatum in die Forderung aus, daß Afghanistan sich der englischen Herrschaft restlos unterwerfe. Unter anderem fordert das Ultimatum, die afghanische Regierung solle alle Beziehungen zu Sowjetrußland abbrechen. Falls das Ultimatum abgelehnt werde, werde England vor einem neuen Kriege nicht zurückweichen.

Wie die Russische Telegraphen-Agentur zu diesen Nachrichten bemerkt, lasse die Stimmung in den Moskauer politischen Kreisen darauf schließen, daß das englische Ultimatum an Afghanistan in Moskau größte Unruhe hervorruft, da die Vermittlung der Unabhängigkeit Afghanistans der Befriedigung des einzigen Pufferstaates zwischen der Sowjetunion und England gleichkomme.

In einer Unterredung mit ausländischen Presseberichterstattern hob der Volkskommissar des Außen, Tschitscherin, hervor, daß es England bereits gelungen sei, ein Puffergebiet, wie es die Dardanellen gewesen seien, zu beseitigen. Auf die Frage eines Berichterstatters, ob die Sowjetregierung das Vorgehen Englands gegen Afghanistan als feindselige Handlung ansehe, verworgerte Tschitscherin zwar die Antwort, betonte jedoch die außerordentliche politische Tragweite des Ultimatum, dessen Folgen zurzeit noch unabsehbar seien. Tschitscherin erinnerte daran, daß England verschiedene Vorbereitungen zur Wiederaufnahme einer militärischen Aktion gegen Afghanistan treffe. So seien an der afghanischen Grenze 74 Flugzeuge konzentriert und der Bau der Eisenbahnstrecke von Peshawar, der wichtigsten militärischen Basis der Engländer, über den Khabapah nach Korden bereits vollendet. Die englische Regierung, die am Vorabend ihres Rücktritts ein Ultimatum an Afghanistan gerichtet habe, hinterlasse ihrer Nachfolgerin eine schlechte Erbschaft.

Die Verhältniszahl für die Ermächtigung beim Steuerabzug ist für die Zeit vom 23. bis 31. Dezember auf 600 000 festgesetzt worden. Die Steuerermäßigungen betragen danach für die Steuerpflichtigen und die Uebertou je 103 680 Millionen, für jedes minderjährige Kind 601 200 Millionen und für die Werbungskosten 864 Milliarden.



# Gewerkschaftsbewegung

## Grundsätzlicher Abbau des Achtstundentags?

Von den beteiligten Organisationen wird uns geschrieben: Die am 11. Dezember begonnenen Verhandlungen über die Erneuerung des Manteltarifs im Buchdruckgewerbe sind gescheitert. Die Anträge der Arbeitgeber zeigten ein solches Ausmaß von Verschlechterungen der wichtigsten Bestimmungen, daß von vornherein mit diesem Ausgang gerechnet werden mußte. Verlangt wurde eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 57 Stunden, Einführung des Stundenlohnes an Stelle des Wochenlohnes, bezirksweise Lohnregelung, Einschränkung der Feiertagsbezahlung, Herabsetzung der Feriendauer auf 3 bis 6 Tage, Befestigung aller die Produktion hemmenden Bestimmungen des Tarifs usw.

Da über die Hauptfragen eine Verständigung nicht zu erzielen war, riefen die Arbeitgeber das Reichsarbeitsministerium an. Ein von diesem eingesetztes Schiedsgericht fällt am Mittwoch einen Spruch, der die Arbeitszeit auf 54 Stunden festsetzt, den Stundenlohn und die regionale Lohnregelung sowie die bisherige Dauer der Ferien unter Ausschaltung der Ferienbewährung nach Berufsjahren bringt. Auch soll die Abstaffelung der Löhne in der gegenwärtig geltenden Form die Grundlage für die bezirksweise Lohnregelung bilden. Die Feiertagsbezahlung soll im bisherigen Umfang beibehalten werden, Beurlaubungslohn und Ferien werden in den Tarif aufgenommen.

In der am Donnerstag wieder aufgenommenen Verhandlung der Tarifkommission erklärten die Vertreter der Arbeitgeber, daß sie trotz einzelner Bedenken (?) dem Schiedsspruch zustimmen, während die Vertreter der Arbeitnehmer den Spruch einstimmig ablehnten. Die letzteren bestritten im besonderen dem Schiedsgericht das Recht, angesichts der gesellschaftlichen Lage und im Hinblick auf die kommende Verordnung über die Arbeitszeitregelung in einem Tarifvertrag eine mehr als achtstündige Arbeitszeit als die normale zu veranlassen. Da eine Verständigung nicht mehr herbeizuführen war, mußten die Verhandlungen abgebrochen werden. Die Arbeitgeber wollen die Verbindlichkeit des Spruches beantragen. Es wird sich dann zeigen, ob der Reichsarbeitsminister gemäß seiner Verordnung den Achtstundentag grundsätzlich aufrechtzuerhalten oder beseitigen will. Die Organisationen beraten gegenwärtig über die weiter einzuleitenden Schritte. Ihre Beschlüsse sind auf jeden Fall abzuwarten.

Der Schiedsspruch ist ein Konstrukt. Das Buchdruckgewerbe gehört zu denen, die durch die Wirtschaftskrise am stärksten in Mitleidenschaft gezogen sind. Trotzdem haben die Arbeitnehmer sich nie gewiegert, Überstunden zu machen, wenn es wirtschaftlich und technisch notwendig war, wie beim Rotendruck. Bei der im Buchdruckgewerbe immer noch herrschenden außerordentlichen Wirtschaftskrise eine Verlängerung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit auf 57 Stunden zu verlangen, zuzugewinnen einer ebenso großen Rücksichtslosigkeit wie Ungeniertheit der Unternehmer, besonders wenn man weiß, daß vor dem Kriege die tarifliche Arbeitszeit 53 Stunden betrug. Was soll man aber von den vom Reichsarbeitsministerium bestellten Schiedsgerichten sagen, die, unbefähigt um die von der Regierung ausdrücklich erklärte grundsätzliche Verhinderung des Achtstundentages, unbefähigt um die tiefsten Beschäftigungsgrad im Buchdruckgewerbe, unbefähigt um die arbeitslosen Buchdrucker, unbefähigt um den energischen Widerspruch der Arbeitnehmer einen Schiedsspruch fällen, der nicht nur den Achtstundentag beseitigt, sondern noch über die tarifliche Arbeitszeit der Vorkriegszeit hinaus geht. Hätten diese „Unparteilichen“ etwa einen — wirtschaftlich starker weit mehr beschäftigten — Antrag der Arbeitnehmer auf Herabsetzung der Arbeitszeit gegen den Willen der Unternehmer beschlossen?

Ein Schiedsspruch kann gewiß nicht alle Wünsche befriedigen. Aber es heißt dem Schiedsverfahren den Todesstoß geben, wenn man durch Schiedsspruch den Arbeitnehmern eine Arbeitszeitverlängerung aufzwingen will, die wirtschaftlich unberechtigt und sozial eine Provoaktion ist.

## Geschwürdiges Vorgehen der Kaliberherren.

Der Arbeitgeberverband für die Kalibrindustrie hat sich jetzt ebenfalls das vor wenigen Wochen vom Rheinisch-westfälischen Gewerkschaftsbund versuchte Vorgehen gegen die Arbeiterschaft zu eigen gemacht. Ähnlich beschließt auch er ohne jeden Versuch zu Verhandlungen mit den Arbeitnehmern eine Verlängerung der Arbeitszeit von 8 Stunden für den unterirdischen Betrieb und 10 bzw. 12 Stunden für die Arbeiter über Tage. Für den Fall der Ablehnung dieses Ultimatums wird die Entlassung und Schließung der Betriebe angedroht. Selbstverständlich begründen die Unternehmer ihr Vorgehen mit der „Notwendigkeit der Produktionssteigerung“, aber sie lehnen es ab, mit den Arbeitnehmervertretern über die Verbilligung der Produktion und den Abschluß eines Ueberwachungsabkommens auf tariflicher Grundlage zu verhandeln.

Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiter die grobe Verletzung gesetzlicher Bestimmungen durch die Kalibrindustriellen ebenso ablehnen müssen, wie es vor Wochen durch die Bergarbeiter gegenüber dem Gewerkschaftsbund im Ruhrgebiet geschah. Der Verband der Bergarbeiter Deutschlands richtet zu diesem Zweck einen Aufruf an die Arbeiter der Kalibrindustrie, in dem es u. a. heißt: „Wie in Rheinland-Westfalen, so darf sich auch in der Kalibrindustrie kein Arbeiter, kein Angestellter, keine Gewerkschaft, keine Regierung, die Ordnung im Staat und in der Wirtschaft wollen, ein derartiges diktatorisches Vorgehen gefallen lassen. Wir fordern des-

halb die Arbeiter und Angestellten des Kalibrberaubes auf, sich nur an die gesetzlichen Bestimmungen, die Arbeitsordnung und den Tarifvertrag zu halten. Die Unternehmer haben kein Recht, vertragliche Arbeitsbedingungen einseitig zu ändern. Jedem Versuch auf eine solche Änderung haben Gewerkschaftsvertreter, Betriebsräte und Belegschaften energig entgegenzutreten... Die Kalibrarbeiter haben die Pflicht, weiter zu arbeiten wie bisher und sich ruhig, aber entschlossen gegen die einseitige Änderung der Arbeitsbedingungen zu wehren. Die Belegschaftsmitglieder müssen zu der gewohnten Zeit zur Arbeit oder Anfahrtsort erscheinen. Alle an der Seilschaft Beteiligten haben wie bisher zur gewohnten Zeit ihre Pflicht zu erfüllen und sämtliche Belegschaftsmitglieder müssen nach Beendigung der tariflichen Arbeitszeit die Betriebe verlassen.

Die an dem Tarifvertrag für den Kalibrbau beteiligten Organisationen übernehmen die Führung in diesem gerechten Kampf und erlauben alle Arbeitnehmer für Ruhe und Ordnung besorgt zu sein und sich streng an die Befehle der Organisationen zu halten. Nur so kann dieser Kampf zu einem guten Ende geführt werden!

## Wie man abbaut.

Die neueste Maßnahme des Reichsfinanzministeriums, den Beamten des Reichsbahns für den Monat Dezember wiederum nur in zwei Häften zu zahlen, hat die durch den in Aussicht genommenen Beamterebau und die vom Reichskabinett beschlossene Aufhebung des Achtstundentages für die Beamten entstandene Erbitterung in der Beamenschaft weiter verschärft. Was die Arbeitszeit betrifft, so kündigt sich die Regierung offenbar über die Wirkung der Einführung des Neunstundentages. Sie kann auf Grund der Richtlinien über die Arbeitszeit, die dem Reichsbahnsrat mitgeteilt sind, 10 oder 12 Stunden täglich arbeiten lassen und schließlich doch erleben, daß künftig weniger als bisher in 8 Stunden geleistet wird. Es genügt nicht, eine längere Arbeitszeit vorzuschreiben, sondern es muß die Dienstfreudigkeit durch eine ausreichende Bezahlung gehoben werden. Durch die jetzt festgesetzte Gehaltshöhe und die Auszahlung in geringen Teilbeträgen wird sicherlich keine Dienstfreudigkeit erzeugt. Dazu kommt die Aussicht, jeden Tag geringere Löhne zu erhalten. Trotz der Vorkehrung für den Vermeidung des Wert der dienstlichen Stellung maßgebend ist, findet sich das System der Gehaltshöhe keine Anerkennung. Aus Artikel 3 B wird ersichtlich, daß auf einer Dienststelle der Reichsbahns der § 4 des Artikels III der Abbauparagraphen so ausgelegt wird, daß er nur für unbedeutende, nicht aber für fähbare Beamte gilt. Der § 4 bestimmt nämlich, daß die Auszahlung der in den einmonatlichen Ruhestand zu behebenden nicht beeinflusst werden darf durch ihre Zugehörigkeit zu einem politischen, konfessionellen oder Berufsverein. Auf Grund einer Verfügung der Oberpostdirektion Berlin hat man sogar Kriegsbeschädigte mit 40 Proz. Renten und darüber auf die Abbaustufe gesetzt. Sieht es der Staat des Reichsbahns an die Arbeiternehmer aus? Das ist beliebte System ist nachher ein Gefahrenherd für die Republik geworden.

## Gegen die Verordnung vom 17. November.

Eine vom Zentralverband der Zimmerer am Mittwoch im Gewerkschaftshaus abgehaltene Arbeitlosenversammlung nahm zu den Auswirkungen der Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 17. November eingehend Stellung, daß der Vorstand beauftragt wurde, alle Mittel einzusetzen, um diesen Ausnahmezustand zu beseitigen. Reichsleiter hob in seinen Ausführungen hervor, daß man sich einseitig ansehe, der heutigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht wunden könne, daß solche Ausnahmeverordnungen herauskommen. Es sei doch Tatsache, daß seit Jahr und Tag, gleichviel ob ohne oder mit Ermächtigungsgesetzen, alle Verordnungen und Gesetze zugunsten der bestehenden Klasse erlassen wurden. Die gewerkschaftlichen Spitzen seien in dieser Frage sofort aufzufordern zu werden, zu veranlassen, daß die Verordnung umgehend aufgehoben werde. — Folgende Resolution fand in der Arbeitlosenversammlung am 18. Dezember, sowie in der Arbeitlosenversammlung am 19. Dezember einstimmige Annahme:

„Am 18. Dezember im Gewerkschaftshaus tagende Arbeitlosenversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Groß-Berlin, erhebt schriftlich Protest gegen die Verordnung betr. Notstandsarbeiten des Reichsarbeitsministeriums vom 17. November 1923. Auf Grund des § 9 dieser Verordnung verlangen die Bezirksämter der Gemeinde Berlin von den arbeitslosen Zimmerern drei Tage Arbeit für die Arbeitlosenunterstützung. Hiermit begehrt man sich nach nicht, sondern es wird verlangt, daß die Zimmerer ihr eigenes Werkzeug zur Ausführung der Arbeit verwenden sollen. Wie schwer es jedoch heute ist, sich Werkzeug zu beschaffen, davon scheint man höheren Preis keine Kenntnis zu haben. Die Arbeitlosenunterstützung erhöht daher in diesen Maßnahmen einen großen Verstoß gegen das Recht der tariflichen Entlohnung und fordert die sofortige Aufhebung dieser Verordnung.“

Zu gleicher Zeit erhebt die Versammlung schärfsten Protest gegen die Entlassung der Bauarbeiter durch Reich, Staat und Gemeinden. Mehr als zahlreich ist das Einstellen der Arbeiter an der Stadtbahn, Straße Bahnhof Bellevue bis Bahnhof Zoologischer Garten, zu bezeichnen; zeigen doch hier die einzelnen Bogen Risse auf, wo man statt einer Faust hinstrecken kann. Damit nicht erst ein großes Eisenbahnunglück sich ereignet, verlangen die Versammelten die sofortige Weiterführung dieser Arbeiten.“

## Angestelltenarbit für den Berliner Metallindustrie.

Zwischen dem BMM und den AM-Gewerkschaften ist vereinbart, daß am Freitag, den 21. d. M. eine weitere Abstimmung zu leisten ist, die im Gegensatz zu den Anweisungen des BMM in den Vorwachen für jede Angestelltenkategorie und jedes Berufsjahr einen bestimmten Betrag vorsteht. Die Lohnnoten sind in den Ortsbüros der AM-Gewerkschaften erhältlich. Telefonische Auskünfte hierüber können nicht erteilt werden.

Das zweite Regelung der endgültigen Dezemberbe-

züge angerufene Schiedsgericht hat am 18. d. M. folgenden Schiedsspruch gefällt.

1. Die Gehälter für den Monat Dezember 1923 werden in Goldmark festgesetzt (1 Goldmark = 1 Rentenmark). Tritt zwischen der Goldmark und der Rentenmark eine Wertveränderung von mindestens 5 Prozent ein, so ist jede Partei berechtigt, das Abkommen schriftlich zu kündigen. In diesem Falle sind die Parteien verpflichtet, sobald in Verhandlungen über eine Neuregelung einzutreten.

2. Für den Monat Dezember ist das Gehalt zu teilen in Grundlohn und einen Leuerungszuschlag von 30 Prozent.

3. a) Die Grundgehälter für den Monat Dezember betragen für den Angestellten im ersten Berufsjahr in Gruppe KI 60 M., TI B 60 M., TII B 100 M.

b) Die Sperrne zwischen dem Gehalt der unter 3a genannten und dem höchstengehenden Angestellten seiner Gruppe beträgt bei Gruppe K = 1:3,5, bei T = 1:3,6, bei T B = 1,67:4,00.

c) Des Gehalt der Meister in den ersten sechs Stufen wird in gleicher Höhe wie das Gehalt der Angestellten in Gruppe T 4 B festgelegt.

4. Das Verhältnis der einzelnen Gehaltsklassen innerhalb jeder Gruppe ist nach dem Verhältnis der Angestelltenverhältnisse unter Berücksichtigung der unter 3b genannten Verordnungen zu errechnen.

5. Für die Angestellten, die nach Teil 1 § 4 Artikel 11 des Tarifvertrages einen Anspruch auf Erhöhung des Gehalts nach 10 Berufsjahren haben, sowie für die Meister nach 10 Berufsjahren sind die Zuschläge zum Grundlohn und Leuerungszuschlag nach demselben Verhältnis wie im Tarifvertrag vom 18. Mai 1923 zu errechnen.

6. Bei der Errechnung der Bezüge sind Beträge unter 0,5 M. = Beiträge von 0,5 M. und mehr auf volle Mark aufzurunden.

7. Die Vermögenssteuer beträgt monatlich für die Ehefrau und jedes zu berücksichtigende Kind 7 M.

8. Die monatliche Erschließung für die Angestelltenbeschränkte beträgt in den Einkommensstufen 1 = 11 M., 2 = 15 M., 3 = 20 M., 4 = 30 M. und 5 = 35 M.

Nebst dieser Schiedsrichtern nur Einkommensteuer von 25% M. für kaufmännische Angestellte und 28% M. für technische Angestellte und Betriebsräte, wurde er sofort vom BMM als für die Metallbetriebe völlig unannehmbar abgelehnt. Von den Metallbetriebsbetreibern ist der Schiedsspruch angenommen und die Verbindlichkeitsklärung sofort beantragt worden. Wir erwarten, daß der Herr Reichsarbeitsminister sofort Entschlußkraft aufbringt und den Schiedsspruch für verbindlich erklären wird. Wir werden über die Ausführung schnellstens berichten.

Wir bitten Sie, daß der BMM einseitig Gehälter festsetzt hat, die sich zwischen 70 und 210 M. bewegen. Die Angestellten dürfen sich mit diesen Gehältern keineswegs einverstanden erklären, sondern müssen das Ergebnis der weiteren Verhandlungen abwarten.

AM-Metallkattell: Günter, Kasper, Rothe.

## Die Spaltungssarbeit bei den Buchbindern.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Buchbinder teilt mit:

In einigen Betrieben wird versucht, auf Veranlassung der neun angereicherteren Kollegen die Beiträge für die Organisation zu sperren. Den Mitarbeitern in diesen Betrieben wird dabei gesagt, daß sie durch die Sperrung resp. Hinterlegung der Beiträge an einer unkontrollierbaren Stelle Rechte an der Organisation nicht verlieren. Wir machen hierdurch nachdrücklich darauf aufmerksam, daß Beiträge, die nicht bei der Ortsverwaltung bezahlt sind, als nicht geleistet gelten. Die Mitglieder, die sich zur Beitragsperre bewegen lassen, schädigen dadurch ihre Interessen. Zu den Verhandlungen über die Organisation einberufen werden, haben nur diejenigen Mitglieder Zutritt, welche mit ihren Beiträgen auf dem laufenden sind. Deshalb trifft auf tarifliche und rechtliche Beratungen zu. Die Bestimmungen des Statuts, wonach nur bei sechs rückständigen Beiträgen die Ansprüche an die Organisation erlöschen, gelten nur für die vordem immer üblich gewesenen Ausnahmefälle. Nach dem Statut ist der Beitrag regelmäßig im voraus zu entrichten. Wir bitten also dringend, die Bestimmungen zu beachten, Beiträge ordnungsgemäß an die Organisation abzuführen und von den Vertrauenspersonen Abführung der Beiträge an die Ortsverwaltung zu verlangen. In allen Fällen, wo Vertrauenspersonen sich weigern, dem Sta zu weichen, erlauben wir die Mitglieder, ihre Beiträge einzeln im Bureau in den üblichen Bureaustunden zu begleichen.

## Lohnvereinbarung im Feilergewerbe.

Zwischen den Organisationen der selbständigen Feilerei und dem Arbeitnehmerverband des Feilerei- und Dargewerbes ist mit Wirkung vom 17. Dezember folgende Lohnvereinbarung abgeschlossen. Die vereinbarten Wochenlöhne sind Mindestlöhne und betragen: Für Herrenfeilerei 18, Damenfeilerei 18,50; Herren- und Damenfeilerei 18,80, Feilereien (unter 20 Jahren 16); Quorarbeitler und -arbeiterinnen 18,80, qualifizierte 21,80; Einrichter und Präparatoren 24,40. Stundenlöhne für Herrenfeilerei 33 für Damenfeilerei 35 Pf. Urlaub wie bisher. Bestehende bessere Lohnbedingungen dürfen nicht verschlechtert werden. Die Löhne sind Goldlöhne.

Verantwortlich für Inhalt: Groß-Berliner Metallkattell: Klaus Götter; Gewerkschaftsbewegung: A. Wertheim; Redaktion: Dr. Hans Schlemmer; Verleger: Hermann Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Cramer u. Co., Berlin S. O., Lindenstraße 2, Block 1, Block 2.

## Kafé Zielka!

## Großer Preissturz unserer Fabrikate!

Herrn-Ausg. und Paketstoffe m. H. 6.- 8.- 12.- 15.-  
Damen-Kostüm- und Unterstoffe „ 5.- 7.- 10.-  
Gabardine, Homespun, Velour etc. je nach M. 4.- 6.- 8.-  
Beste Fabrikate — Große Auswahl — Verkauf metroweise.

## Koch & Seeland G. m. b. H.

Ge. ründet 1893 Gertraudenstraße 20-21. Ge. ründet 1893

# A. Wertheim

Sowelt  
Vorrat

Tafel-Margarine ..... Pfund von 60 Pf.  
Talg ..... Pfund 68 Pf.  
Kokosfett ..... Tafel 78 Pf.  
Marmelade ..... Pfund 60 Pf.  
Confiture ..... Pfund 90 Pf.

Camembertkäse ..... Schachtel 34 Pf.  
Harzerkäse ..... Pfund 80 Pf.  
Dänischer Goudakäse... Pfund 1 40 M.  
Tilsiter, feine Qualität .. Pfund 1 40 M.  
Edamerkäse ..... Pfund 1 60 M.

Schweineschinken u. Rücken Pfd. 1 50 M  
Schweinebauch u. Blatt ..... Pfd. 1 50 M  
Hasen, gestreift ..... Stück 6 50 M  
Gänse ..... Pfd. 1 80 M  
Lebende Spiegelkarpfen ... Pfd. 1 50 M

Verkauf im Erfrischungsraum:

Christstollen nach Dresdner Art... 1 30 3 M 6 M  
Feinste abger. Napskuchen ..... 1 30 2 50 5 20

## Abteilung: Frische Blumen

Nur Leipziger Straße  
Große Auswahl von Blumen-Arrangements und Straußen, Palmen,  
Blattpflanzen, Kakteen.

Walnüsse, Haselnüsse ... Pfund 1 50 M

Tafeläpfel ..... Pfund 50 Pf.

Apfelsinen ..... Dutzend 75 Pf.

Mandarinen, Kranzfeigen Pfd. 65 Pf.

1922 Neckarsulmer Rotweins ..... 1 50 M

1922 Oberringelheimer Rotweins ..... 2 10 M

1919 Château Bel-Air Bordeaux ..... 3 60 M

1920 Dürkheimer Nonnengarten 2 40 M

1921 Neumagener Engelgrube

Naturreiner Moselwein, Weichstum Theod. Lammertmeyer ..... 4 00 M

Preise einschließlich Weinsteuer ohne Flasche

## Theaterkarten-Vorverkauf für die Feiertage an unseren Theaterkassen



# Tarifwidrige Erwerbslosenarbeit.

## Die bürgerlichen Stadtverordneten haben nichts dagegen.

Die durch Reichsverordnung eingeführte Heranziehung der Erwerbslosen zu gemeinnützigen Arbeiten wurde in der Stadtverordnetenversammlung gestern aus Anlaß des sozialdemokratischen Antrages erörtert, der den Erwerbslosen für solche Arbeiten die tarifmäßige Bezahlung sichern will. In der Begründung des Antrages zeigte unser Genosse Krause die ganze folgenschwere Bedeutung, die diese nur mit der Erwerbslosenunterstützung entlohnte Zwangsarbeit nicht nur für die Erwerbslosen, sondern auch für die noch in Arbeit stehenden Arbeiter hat. Stadtbaureis Hahn warnte vor den Folgen, die bei Durchführung der Heranziehung des Antrages für die Stadt, wie er meint, entstehen könnten. Die bürgerlichen schieden nur den Deutschenationalen Paech vor, der gegen die tarifwidrige Entlohnung der Erwerbslosenarbeit nichts einzusetzen hätte. Die ganze bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit stimmte gegen den Antrag, aber sie wies diesmal so große Rücksicht auf, daß sie Minderheit wurde und die Punkte des Antrages durchbrachte.

In der gestrigen Sitzung nahm der am 11. Dezember von unseren Genossen eingebrachte

### Dringlichkeitsantrag:

„Die Versammlung beschließt, daß bei den Notstandsarbeiten die zu verrichtenden Arbeiter nur zum Tariflohn angefordert und vom Arbeitsnachweis vermittelt werden dürfen“.

das Hauptinteresse in Anspruch. Genosse Krause führte zur Begründung aus: Die Verordnung des Reichsarbeitsministers, wonach Erwerbslose zu den Sägen der Arbeitslosenunterstützung Pflichterfüllung übernehmen müssen, stellt einen Eingriff in das Tarifrecht der Arbeitnehmer dar. Die Berliner Bezirksämter sind dazu übergegangen, diese Verordnung dergestalt in die Praxis zu übersetzen, daß sie die bei Tiefbauarbeiten in Tariflohn beschäftigten Bauarbeiter entlassen und nach einigen Tagen die gleiche Zahl Erwerbsloser hinsichtlich, die mit dem Unterstützungssatz abgefunden werden. Wer die Arbeit zu solchen Bedingungen verweigert, bekommt von den Stempelführern seinen Stempel mit dem Vermerk darunter „Arbeit abgelehnt“. Dieses Vorgehen erinnert an die schlimmsten Zeiten des Krieges. Die Stundenlöhne für solche „Pflichtarbeit“ stellen sich auf 8 Pf., bei Arbeitern unter 21 Jahren auf 5 Pf.! In den Straßenreinigungsdepots geht man gegen 30 bis 40 Proz. des Straßenlegerspersonals mit Minderungen und Entlassungen vor, für die nachher in gleicher Weise „Ersatz“ geschaffen werden soll. Wir würden mit dem neuen Prinzip der Entlohnung ganz einverstanden sein, wenn es durchzuführen würde vom ersten Amt des Reichs bis zum letzten Arbeiter herunter; insbesondere dem Reichsarbeitsminister empfehle ich, sich dazu herzugeben, seine Arbeit für diesen Lohnsatz zu verrichten. (Lachen rechts.) Der Magistrat muß das Vorgehen des Reichsarbeitsministers, damit diese Verordnung aufgehoben wird. Nehmen Sie doch halb unseren Antrag an. — Stadtbaureis Hahn wies darauf hin, daß der Staat keine Zuschüsse mehr gewährt, daß er die Stadt angefordert hat, die städtischen Arbeiten bis zum 31. Dezember auf die neue Bestimmung umzustellen, alle diejenigen aber, die auf Grund einer solchen Bestimmung nicht durchgeführt werden können, mit dem 31. Dezember stillzulegen. Der Magistrat müsse diese Bestimmung auch auf die Notstandsarbeiten anwenden. Die Annahme des Antrages würde praktisch nur die Bedeutung haben, daß sofort sämtliche Notstandsarbeiten stillgelegt werden müßten.

In der Aussprache über den Antrag zeigte Paech (Dnall) der ministeriellen Verordnung rückhaltlos den Beifall und bezog sich dabei auf die von ihm gemachten Erfahrungen. Es müßten endlich geordnete Zustände Platz greifen, mit dieser Almosenempfängerlei müßte aufhört werden. Der Antrag Heilmann sei daher abzulehnen. Heilmann wies ja doch 20 Proz. der Sägen zugeschlagen, wenn die Beschäftigung länger als drei Tage dauere. — Dr. Krawatzki (Komm.) bezeichnete diese „Zufüge“ als

### Verhöhnung der Arbeiter:

wertbefähigte Arbeit müsse auch wertbefähig entlohnt werden. Viel wirksamer als mit solchen Klagen und Beschwerden im Rat-

haus würde man übrigens doch den Erwerbslosen dienen, wenn man sie veranlaßte, solche Arbeit ohne Tariflohn überhaupt nicht zu verrichten. — Im Schlußwort wandte sich Genosse Krause gegen die pessimistische Auffassung des Magistratsverträtters. Es könne doch nicht unmöglich sein, den Reichsarbeitsminister zu überzeugen, daß seine Verordnung eine Dummheit ist. Herrn Paech legte er die Frage vor, ob sich wohl ein Arbeiter, der drei bis vier Tage Schnee legt und sich dabei vielleicht sein letztes Paar Stiefel abläßt für das erhaltene Entgelt ein paar andere beschaffen könne. Dem Minister wäre auch zu Gemut zu führen, daß keine Verordnung auch deswegen glatter Unsinn ist, weil es da eine Unfallversicherung nicht gibt.

Am 28. gegen 23 Stimmen nahm die Versammlung den Antrag unserer Genossen an.

In einem Dringlichkeitsantrag vom 8. November haben die Deutschenationalen die magistralen Richtlinien für die Beheizung der Schulräumlichkeiten im Wintersemester 1923/24 zum Gegenstand der Kritik gemacht. Sie finden, daß dadurch in einer die Gesundheit der Schulkinder gefährdenden Weise gepart wird. Insbesondere beanstandet wird das eingeführte Prämiensystem, das Schullehrern, die am Heizmaterial noch Ersparnisse machen, 20 Proz. des Notpreises zubilligen.

Nachdem Richter die unersetzliche Abänderung der Richtlinien in der Richtung gefordert hatte, daß gesundheitsgemäße Heizung und Lüftung der Schulräume garantiert ist, suchte Stadtbaureis Adler die Maßnahmen der Verwaltung zu verteidigen, mußte aber zugestehen, daß einzelne Bestimmungen und daß speziell das Prämiensystem reformbedürftig sei. Zur Rechtfertigung führte er u. a. den Umstand ins Gesicht, daß jeder Celsiusgrad Wärme mehr jährlich 30 000 Zentner Koks koste. — Genosse Krause hielt dem letzteren Argument entgegen, daß jeder Grad weniger die Stadt noch weit mehr koste. Auf solchem Wege sei das Ziel der „höchsten Wirtschaftlichkeit“ nicht zu erreichen. Das Prämiensystem sei schließlich verwerflich. Das Liebestat sei, daß zwar die Schullehrer für die Innehaltung der Verfügung verantwortlich gemacht würden, aber den Heizern gar nichts zu sagen hätten. Die Sozialdemokraten würden daher für den Antrag stimmen. — Dieser gelangte fast einstimmig zur Annahme.

Der Bestellung von 34 Stellen für Stellvertretende Direktoren und von 3 Stellen für Sachbearbeiter an den Berufsämtern stimmte die Versammlung zu, behielt aber der zuständigen Deputation die Aufstellung der Richtlinien für die den betreffenden zu gewährenden Stundenermäßigungen vor. — Ein Dringlichkeitsantrag sämtlicher Fraktionen, der gegen die beabsichtigte Verlegung des Finanzamtes Schöneberg von der Innbrücker nach der General-Pape-Strasse Protest erhebt, fand einstimmige Annahme, ebenso ein Antrag des Zentrums, wonach die rückständigen Gehälter noch vor Neujahr zur Auszahlung gelangen sollen.

Die Säuhungen für das Kunst- und Bildungswesen und für das Gesundheitswesen wurden nach längerer Erörterung, in der sich Genosse Dr. Benz sehr energisch gegen plötzliche Verschleppungsversuche der Rechtsparlieren wandte, mit der Maßgabe angenommen, daß die Zahl der Stadtverordneten in den beiden Deputationen auf 17 statt auf 11 derselben werden soll. Auch ein Antrag der Sozialdemokraten, die Volksbibliotheken in den Bezirken 1—6 der Zentralverwaltung zu unterstellen, fand eine Mehrheit. — Am 40. Uhr Schluß. Eine weitere Sitzung findet im Jahre 1923 nicht mehr statt.

### Die Taktik des Herzgebundes.

Der Groß-Berliner Kreisbund hat beschlossen, nunmehr den Kampfpunkten, auch wenn sie sich als Kampfmittel erweisen, für die Konstitution 8 W. und für den Versuch 4,50 W. abzufordern. Diese Säge streifen den Mindestsätze der preussischen Gebührenordnung von 1914 um ein erhebliches. Nach den Friedenssätzen der Gebührenordnung war der Betrag für eine Konstitution 1 W., für einen Versuch 2 W. Der Beschluß, durch den die Kosten der Anwaltschaft übermäßig ansteigert werden, ist eine Antwort auf den Säulenausschlag der Kampfpunkte, daß sie künftig nur die Mindestsätze der Gebührenordnung von 1914 erliegen. Er bedeutet drastisch die Taktik des Kreisgebundes. Die in den letzten Tagen eingelaufenen ärztlichen Liquidationen enthalten zum großen Teil

schon diese Säge. Auf der Honorarliquidation eines Arztes ist auch der Beschluß des Groß-Berliner Kreisgebundes mitgeteilt mit den Worten: „Auf Beschluß des Kreisgebundes 10 Proz. erhöht.“

### Das farbige Berlin.

In der Weihnachtszeit wandert man wieder mehr in den Straßen umher, als daß man sie wie sonst in Geschäften begriffen durchläßt. Da der Blick vor allem den Schaufenstern zugewandt ist, hat man recht Gelegenheit, eine Beobachtung zu machen, die sich auf die Farbenreueigkeit der Architektur bezieht. Es ist bekannt, daß Magdeburg durch Taut ein sorgfältiges Aussehen erhalten hat, und auch in Berlin und Umgebung fehlt es nicht an Beispielen, Farbe in das einfarbige Gels oder Grau der Häuser hineinzutragen. Ein solches Haus ist z. B. in dem Vorort Teltow zu sehen, wo eine Gärtnerin sich ein Heim mit allerlei farbiger Ausgestaltung errichtet hat. In Berlin selbst sind es dagegen hauptsächlich die Läden, an denen der Architekt oder der Bauminister sein Talent hat walten lassen. Meist — um es gleich zu sagen — mit nicht glücklichem Erfolg. Die ziemlich drastische Bemalung des Ladenhausestoffs steht nur selten in Einklang mit dem alten Anstrich der oberen Geschosse, und geradezu grotesk wird der Anblick, wenn rechts und links von der „herrschaftlichen“ Tür zwei verschiedene Farben sich aufsum. Der Kurfürstendamm, von jeder eine Musterkarte dummproziger Architektur, bietet auch in dieser Hinsicht dem Betrachter alles Bänkenwerte. Tof der Ladenüber die grelle Bemalung der ihm zugewandenen Fläche schäbt, ist bezeichnend, und dem Hausbesitzer ist mal selten ein solches ästhetisches Empfinden eigen, daß er merkt, wie sehr das Haus durch die teilweise Anbringung einer schreienden Farbe an Reiz verliert. In neuen kleinen Siedlungs-Neubauwerken an der Peripherie der Stadt ist das farbige Element viel hübscher, weil direkter und harmonischer, verwendet worden.

Also, das Prinzip in allen Ehen — nur sollten berufene Kreise denen wehren, die der Kellame halber Farbenorgien veranstalten, denen man keine ewige Dauer wünschen kann. Schließlich wäre es auch einmal Zeit, daß jene Behörde, die sich um den sogenannten Schutz des Städtebildes zu bekümmern hat, sich auch einmal mit den schneulichen Affären der großen Kinobühnen, die auf den Hausfronten förmliche Orgien der Geschmacklosigkeit feiern, beschäftigt.

### Der „Herr Leutnant“.

Unter der Maste eines Leutnants der Interalliierten Kontrollkommission hatte der Kaufmann Kurt Reumann eine junge Ehefrau zu betören verstanden. Die Frau eines Verführers, die selbständig eine Filiale in einem Vorort leitete, war mit Reumann bekannt geworden. Er hatte sich als fremdländischer Offizier vorgestellt und auch von den großen Gütern seiner Mutter erzählt. Er stellte der Frau die Ehe in Aussicht, sobald sie sich von ihrem Ehemann gelassen hätte. Sie ging auf diese Vorschläge auch freudig ein und machte sich gar keine Gedanken, als der „Leutnant“ schon nach wenigen Tagen in Geldverlegenheiten geriet. Sie gab ihm, was sie an barem Gelde austreiben konnte, schließlich auch ihren Schmud. Der „Leutnant“ drängte inzwischen auf Einreichung der Scheidungstage, und als sie darauf nicht sofort einging, spielte er den Lebensmüden und mußte die Frau zu bestimmen, mit ihm gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Vorher sollte sie aber noch heimlich die Möbel aus ihrer Wohnung weg schaffen und auf einem Speicher unter dem Namen ihres Liebhabers in Aufbewahrung geben. Die Frau beschaffte jedoch nur noch Geld, um ein Hotelzimmer zu mieten, in dem sie gemeinsam aus dem Leben scheiden wollten. Ihr Geliebter wollte aber durchaus als „Ehrenmann“ sterben und vor seinem Tode noch seine erblichen Schulden begleichen. Zu diesem Zweck nahm er das Geld für sich in Anspruch, gab seiner Geliebten aber zum Beweise dafür, daß es ihm mit dem Tode ernst sei, ein flüssiges Morphin. In einem Café sollte sie auf seine Rückkehr warten. Er kam natürlich nicht mehr wieder. Verzweifelt eilte die Betrogene nach Haus und beging dort einen Selbstmordversuch. — Jetzt hatte sich der Schwindler vor der Strafkammer zu verantworten, er war im allgemeinen geständig. Sein Verteidiger beschönigte durchaus nicht die Handlungsweise des Angeklagten, bat aber ihm zugute zu rechnen, daß ihm die als Zeugin vernommene Frau seine Schwindeltaten sehr leicht gemacht habe. Der Angeklagte kam, obwohl er bereits mehrfach wegen ähnlicher Betrügereien vorbestraft ist, mit vier Monaten Gefängnis recht milde davon.

Copyright Georg Müller, München.

## Die Lofolischer.

Roman von Johan Bojer.

Endlich sagte Arnt Kasan: „Für Berit wird es nicht leicht werden.“

Kristaver antwortete: „Wir müssen ihr an die Hand gehen, so gut wir können.“

„Hm,“ sagten die anderen und waren einer Meinung mit ihm.

Als Per Suzansa gehen wollte, beugte er sich über den Kranken und sagte: „Also Lebewohl, Elezeus!“

„Lebewohl!“

„Du... du kannst schon von mir grüßen. Ich komme bald nach.“

Damit wendete er sich zu den anderen, sagte gute Nacht und ging zu der kleinen Tür hinaus.

Als die anderen noch eine Weile gefessen hatten, sagte Kristaver, sie könnten sich niederlegen. Es genüge, wenn er selber die Nacht ausbleibe.

Lars kroch mit den anderen auf das Lager. Er schlief sofort ein und erwachte erst am Morgen, als der Vater ihn nachrückte. Da saßen die anderen und aßen und tranken Kaffee. Aber von dem Kranken ertönte kein Wimmern mehr, er war ganz mit einer Berkenning zugehüllt.

„Du mußt einen Sarg zimmern, Arnt,“ sagte Kristaver. „Und du, Lars, mußt mit ihm nach Kabelvaag und ihn mit dem Dampfer nach Süden expedieren.“

26.

In diesen Tagen strichen kleine Scharen von Walfischen draußen im Westfjord umher, sie schossen prustend und schwallend unruhig hin und her. Als dieser Hering im Fjord hatte sie in Erregung versetzt, aber sie wagten sich nicht hinein, die Schiffe, die Boote, all das Leben im Fjord hielt sie in offener See, zwang sie aber doch, in der Nähe zu bleiben. Sie strichen nur immer zehn, zwanzig Weilen weit umher, um gewissermaßen aufzuspüren, sie gingen südwärts bis Helgeland und westwärts bis Boerdy und Koff, aber sie mußten wieder zurück, sie kreuzten die wenigen Weilen über den Roskenaesstram, pub, das gab eine Reife, daß es um die Kinnladen schäumte. Und dann wieder an der Lofotwand entlang, denn dort drinnen

im Fjord zappelte alle Herrlichkeit der Welt. Aber das Meer ist ein guter Bauleiter, man hörte den Lärm dort drinnen auf mehrere Meilen Abstand, sie mußten sich noch einige Tage gedulden. Aber wie lange sollten sie warten?

Eines Morgens sah eine Schute, die von Spolvaer nach dem Fjord unterwegs war, ein Schauspiel — der Heringsschwarm stieß aus dem Fjord heraus und wieder ins Meer hinein. In den Westfjord ergoß sich ein breiter Fluß von kleinen Heringen, und in der Luft begleiteten ihn freischwebende Jüge von weißen und grauen Vögeln.

Und jetzt war der Wal da. Wie der Schäferhund, der sich der Herde anschleibt, kam er heran und schwamm mit. Aber nun nahm er es mit Ruhe. Es bedurfte nicht vieler Schwanzschläge, um mit dem Heringsschwarm Schritt zu halten, jetzt brauchte er nur den Mund zu öffnen und sich zu versorgen und langsam mitzurudern und sich noch besser zu versorgen. Mehrere Meilen meermwärts sah man Gischt aufsprühen — da kamen die anderen. Und jetzt gingen die vielen Milliarden kleiner Heringe wieder nach Westen, hin über die unendlichen Flächen des Ozeans.

Aber eines Tages wird der Schwarm sinken. Der Wal taucht, kommt ihm noch nah und taucht dann wieder empor. Aber der Schwarm sinkt tiefer — und nun kann der Wal nicht mehr mit. Dann spürt er nur noch, wo der Hering zieht und rudert langsam an der Oberfläche mit. Am Morgen pflegt sich der Schwarm für eine Weile an die Oberfläche zu heben, und das gibt ein gutes Frühstück. Aber schließlich sucht der Hering Tiefen auf, aus denen er sich in diesem Jahre nicht mehr hebt. Und dann legt der Wal sich zur Ruhe und verdaut.

Er liegt wie ein Schiff ohne Takelage auf der Meeresfläche und hält vielleicht ein Mittagsschlafchen. Es macht müde, mehrere Tage hintereinander zu prassen. Aber dann eines Morgens wach er zusammen, weil er eine eigentümliche Bewegung des Wassers spürt. Er ist auf einmal ganz wach, öffnet die kleinen Augen, horcht auf. Das Meer ist ein guter Bauleiter, und jetzt weißt er einen Feind, den der Wal nur zu gut kennt, den Delfin, er ist noch einige Meilen entfernt, aber er hat die Beute schon gewittert. Mit einem gemaltigen Schlag des Schwanzes schlägt der Wal eine andere Richtung ein und begibt sich auf die Flucht, aber der Delfin ist ein guter Reiter, und in einigen Stunden gibt es eine wilde Jagd über das unendliche Meer hinweg.

Am Tage nachdem der Hering fortgezogen war, war der

Fjord auch leer von Fischen. Und von Boot zu Boot hörte man die gleichen Rufe: „Habt Ihr etwas gefangen?“ — „Nein, und Ihr?“ — „Nein, hier ist nichts.“ — „Hier auch nichts.“ — „Er ist fortgezogen.“ — „Ja.“ — „Es ist vorbei.“ — „Ja, es ist vorbei.“

Nun zerstreut sich das dicke Heer von Fahrzeugen und Booten. Aber es ist noch zu früh, heimzureisen, deshalb suchen die meisten ihre gewohnten Fischerplätze wieder auf, wo viel leicht in den nächsten Wochen noch auf einen Schwarm zu hoffen ist.

Und wieder liegt der Fjord leer und ohne Leben da. Die Strömung raucht zur Zeit der Flut hinein und zur Zeit der Ebbe heraus, aber sie strammt kein Untertau mehr. Und an den toten Ufern sieht man hier und da eine Pfankenhütte, die die Männer nicht mit an Bord hatten nehmen mögen.

An dem Morgen, als die „Kobbe“ wieder an der Lofotwand entlang fuhr, stand Kristaver als ein wohlhabender Mann am Steuer. Reize und Taumerk hatte er eingebüßt, aber die Brieftasche an der Brust war gepropft voll von vielen roten Banknoten. Wie in seinem Leben hatte er so viel Geld bei sich getragen. Es waren Tausende. Wenn jeder an Bord seinen Anteil bekommen hatte, blieb noch ein guter Haufen für ihn selber. Wenn Bank und Kaufleute bezahlt waren, hatte er doch noch einen blanken Schilling übrig. Ein Fischer, der Boot und Gerätschaften für fünf Mann besitzt und oben drein ein Sparbuch unten in der Truhe liegen hat, — „Was sagst du dazu, Marja? Bist du noch immer, daß wir mit der See Schluss machen?“

Und es kann noch ein gut Stück Geld hinzukommen, ehe die Fangzeit zu Ende ist.

Es war milderes Wetter geworden, die Sonne schien am Mittag, und sie fuhren in frischem Winde, mit Wollstand an Bord, dahin. Koneies Gomon sang. Sie sprachen nicht mehr über Elezeus Hyla. Ein Mann stirbt, aber kommt auf See um, einige Boote verschwinden im Sturm, das ist ein Unglück, aber es ist unter Fischern ganz alltäglich, in wenigen Tagen spricht niemand mehr darüber. Sie würden ihn vermissen, wenn es einmal darauf ankam, mit aller Kraft zu rudern, denn dann konnte das letzte Rudern nicht mitarbeiten. Und später, wenn sie heimkamen — wenn sie an den Strand gingen und begrüßt wurden — dann würde es ein Mann weniger sein als bei der Ausreise. (Fortsetzung folgt.)



Die russische Sphinx.

Je geringer das Entgegenkommen ist, das Deutschland im Westen Europas findet, um so mehr richten sich seine Blicke nach dem Osten.

Graf Arco, der bekannte Radiotechniker, hat vor kurzem eine 14tägige Reise durch Sowjetrußland beendet, die ihn unter anderem nach Moskau und Nischni Nowgorod führte.

Professor Braun, der früher an der Universität Petersburg wirkte, erklärt, daß es ein Mißverständnis sei, daß die Revolution so ziemlich alles vernichtet habe.

Wie fürchtbar die Zeiten waren, die Rußland durchlebte, läßt der Vergleich der Ereignisse mit einer „tossischen Katalinpe“ erkennen.

Eine gestörte Trauerfeier.

Welche Aufgaben die Scharpe erfüllt.

Am 19. Dezember wurde in Karow unser Genosse Ernst Ritz beerdigt. Genosse Richard Barth widmete dem Verstorbenen einen kurzen Nachruf.

Großfeuer kam aus noch nicht aufgeklärter Ursache in der Nacht zu Donnerstag in der Luxuspapierfabrik und Chromolithographischen Kunstfabrik von A. Radtke & Co.

Novomoes Stadt. Durch Beschluß der preussischen Regierung ist die Landgemeinde Novomoes zur Stadt erhoben worden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 1. bis 20. Kreis. Der Frauenhausbesuch - Kreis 20 Wf. - ist eingetroffen und kann von den Besetzern zum Besichtigung abgeholt werden.

Berliner Gewerbesteuer 1923 und 1924

Am 23. November 1923 ist in der Form der Rotverordnung das neue preussische Gewerbesteuergesetz ergangen.

Die Steuer für das Kalenderjahr 1923 wird durch das neue Gesetz nicht berührt. Wo also die Gemeinden auf Grund eigener Steuerordnungen die Gewerbesteuer für 1923 veranlagt und eingezogen haben, behält es dabei sein Bestehen.

Welche Zahlungen sind 1924 zu leisten?

Nach dem neuen Gesetz erfolgt die endgültige Veranlagung erst nachträglich für jedes Kalenderjahr, ähnlich wie bei der Einkommensteuer.

Diese Lohnsummensteuerzahlungen werden nach dem Gesetz vom 8. August 1923 auf die gesetzliche Vorauszahlung, die am 15. Februar fällig ist, angerechnet.

Auf die Möglichkeiten der Regelung für das nächste Vierteljahr, welche die Verordnungen sonst noch offen lassen, insbesondere die Erhebung von Lohnsummensteuervorauszahlungen nach dem neuen Gewerbesteuergesetz...

Steuerzahlungen in der Festwoche.

Amlich wird mitgeteilt: Die Häufung der Ferietage in der künftigen Woche erschwert unzweifelhaft die Zahlung der bis Ende des Jahres fälligen Steuern.

Brötterverorgungsabgabe.

Es wird darauf hingewiesen, daß bis zum 2. Januar 1924 der zweite Teil der Brötterverorgungsabgabe zu entrichten ist.

Arbeiter sport.

Arbeiter-Horden.

Wintersport-Interessengemeinschaft. Die Wintersportbegeisterten treffen sich am Sonnabend, den 22. d. M., um 5 Uhr, im Köpenicker Bahnhof.

Wintersport-Club 4. d. Köpenicker - Horden - Fußball - Rudern. Männer-, Frauen-, Jugend-Abteilung. Jeden Sonntag, abends 7 Uhr, im Köpenicker Bahnhof.

Turn- und Sportverein Nichte. 1. Weibschulturnverein Sozialer Arbeiter. Turn- und Sportverein Nichte. 1. Weibschulturnverein Sozialer Arbeiter.

Arbeiter-Verband Groß-Berlin. Sonnabend, den 20. Dezember, abends 8 Uhr, im Köpenicker Bahnhof.

Sport.

Die Ritterschafts-Reitrennen in „Wien-Berlin“ haben jetzt noch den deutschen Reiter Thomas als Fahrer erhalten.

- 5. Kreis Friedrichshagen. Heute, Freitag, abends 7 Uhr, Sitzung der Arbeitsgemeinschaft und Obmann der Kommunalen Kommission der Arbeitervereine.

- 14. Kreis Reinickendorf. Kommunale Kommission. Die Weihnachtsfeier im Reinickendorfer Rathaus findet nicht am Freitag, sondern am Sonntag, den 23. d. M., 7 Uhr abends, statt.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation. 134. Wbl. Reinickendorf-Ort. Der Genosse Carl Frohner, 47 Jahre alt, ist verstorben.

Jugendveranstaltungen. Achtung, Abteilungsleiter! Es ist Pflicht eines jeden Abteilungsleiters, soweit das noch nicht geschehen ist, die Beitragslisten für die 2. Hälfte des Monats Dezember fertig zu stellen.

Achtung, Abteilungsleiter! Wir weisen hierdurch nochmals darauf hin, daß von verschiedenen Abteilungen des Bezirks für das 2. Quartal (Juli-September) noch nicht alle Beiträge eingezahlt worden sind.

- Heute, Freitag, den 21. Dezember, 7 1/2 Uhr: Charlottenburg: Jugendheim, Köpenicker 4. Vortrag: „Sonnenwende“ - Rippen: Städtisches Jugendheim, Köpenicker 5. Vortrag: „Geschichte der Arbeiterbewegung“.



# Verwaltungsreform.

Von Dr. Karl Herz-Sparbau.

Der Königsberger Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer hat eine Denkschrift über die Verwaltungsreform dem Deutschen Städtetag vorgelegt. Es ist kein Label, wenn die Fachkritik die vom Verfasser gemachten Vorschläge als neu nicht anzusprechen vermag. Denn die ganze, seit 50 Jahren zur preussischen Verwaltungsreform erwachsene Literatur läuft immer wieder auf dasselbe Ergebnis hinaus: Dezentralisation der Verwaltung, Befestigung der überflüssigen Mittelinstanzen, Stärkung der Selbstverwaltung, insbesondere Erweiterung der Zuständigkeit der von der Ministerialbürokratie standlos behandelten Gemeinden. Es ist bezeichnend, daß selbst sehr weit rechts gerichtete Politiker diesen Zielen das Wort geredet haben. Aber es ist ebenso bezeichnend, daß bisher alle Reformversuche im Sande verlaufen sind — von dem großartigen Versuch des Freiherrn vom Stein an bis zu den mehr als schwächlichen Anläufen, die nach der Revolution unternommen worden sind.

Jetzt freilich wird die Bewegung nicht mehr aufzuhalten sein. Von innen- und außenpolitischen Erwägungen abgesehen, drängt schon die Finanzlage auf Vereinfachung des Staatsapparates. Das Arbeitsergebnis würde dadurch nicht beeinträchtigt werden, der Geschäftsgang würde im Gegenteil durch Befestigung überflüssiger Zwischeninstanzen sich erheblich flüssiger gestalten. Die überragende Bedeutung des Problems der modernen Verwaltung ist freilich den meisten Parlamentariern noch nicht zum Bewußtsein gekommen. Die verwaltungstechnisch erfahrenen deutschnationalen Rechtspolitiker wollten die Judenrepublik, die Weimarer Verfassung, den Versailler Vertrag und noch einige Kleinigkeiten mehr schlucken, wenn sie nur die Macht über die preussische Verwaltung wiedererlangten. Sie wußten, daß nicht die Herrschaft über das Parlament, sondern der Besitz der Exekutive die entscheidende Gewalt gibt.

Beider scheint man in der Partei der Frage nicht die genügende Bedeutung beimessen. In den Massen freilich lebt ein starkes Verlangen nach Befestigung der alten polizeistaatlichen Verwaltung. Daß die Revolution nicht die Kraft gehabt hat, reinen Tisch zu machen, hat auch in gemäßigten Kreisen der Arbeiterklasse bittere Enttäuschung hervorgerufen. In der ständigen Agitation der Partei tritt denn auch die Forderung nach Demokratisierung der Verwaltung immer wieder hervor. Fragt man aber einen Parlamentarier, wie er sich denn die Durchführung dieser Demokratisierung denkt, erhält man meistens eine sehr unbestimmte Auskunft zur Antwort. Hier Klarheit zu schaffen ist aber gerade der entscheidende Punkt. Es ist Aufgabe der politischen Führung, einer Massenforderung, die zur Erfüllung geschichtlich reif geworden ist, die konkrete Ausprägung und detaillierte Formulierung zu geben. Aus unseren finanz- und währungspolitischen Erfahrungen sollten wir die Erkenntnis entnommen haben, daß man heute in der politischen Praxis mit einigen Schlagworten allgemeiner Natur nicht mehr auskommt. Im Gegensatz zur Agitationspolitik früherer Tage wird man sich entschließen müssen, in die freilich recht spröde Materie hineinzuweisen und den wichtigsten Stoff von unserem prinzipiellen Standpunkt aus zu bearbeiten und umzuformen. Nur diese wahrhaft positive Arbeit kann unserer Partei die geistige Rüstung geben, die ihr heute auf diesem Gebiete noch völlig fehlt. Es ist ein völlig unhaltbarer Zustand, daß eine Partei, die den preussischen Ministerpräsidenten und den Innenminister stellt, keine klaren verwaltungspolitischen Richtlinien besitzt. Seit 1914 sind wir oft genug von katastrophalen Ereignissen überrollt worden, die wir nicht meistern konnten, weil wir ohne ausreichendes geistiges Rüstzeug dastanden.

Eine klare Stellungnahme ist um so mehr geboten, als Strömungen bemerkbar sind, die die Partei in der Verwaltungsfrage auf eine sehr obliquen Bahn führen können. Die preussische Regierung gab im Juli vorigen Jahres dem sogenannten Entwurf einer neuen Städteordnung „eine Ueber-sicht über die kommunale Verwaltungsreform in Preußen“ heraus, die auch den stärksten Bestimmungen durch ihren konföderalbürokratischen Charakter übertrifft. Die Denkschrift, die die Unterschrift des Ministers des Innern trägt, läuft schließlich auf eine Ablehnung jeder grundsätzlichen Verwaltungsreform hinaus. Es soll in der Hauptsache alles beim Alten bleiben: keine Befestigung der zu vielen und zu großen

Ministerien, keine Befestigung überflüssiger Staatsbehörden wie der Bezirksregierungen und der Provinzialhochschulen, keine Uebertragung der Ortspolizei, zum mindesten in dem Umfang der Verwaltungspolizei, und der Ortspolizeiverwaltung an die Gemeinden, keine Schaffung einer wirklich tragfähigen, den Kreis aller örtlichen Angelegenheiten umfassenden Selbstverwaltung. Wenn man ernsthaft keine Reform will, soll man es den Massen offen sagen. Gelingt es der preussischen Ministerialbürokratie, den Willen und die Kraft der Sozialdemokratie zu einer grundsätzlichen und organischen Umgestaltung der preussischen Verwaltung zu brechen — Anzeichen dafür sind vorhanden —, so wird man die Hoffnung auf ein demokratisches Preußen und damit auf die innere Demokratisierung der deutschen Zustände überhaupt zu Grabe tragen müssen. Der leidtragende Teil einer solchen „Realpolitik“ ist dann freilich das deutsche Volk und nicht zuletzt die deutsche Arbeiterklasse, die ihren geschichtlichen Beruf nur im Rahmen eines vom Schutt vergangener Jahrhunderte befreiten Staatswesens erfüllen kann.

# Wirtschaft

## Die Wirtschaftslage am Anfang Dezember.

Die an das „Reichsarbeitsblatt“ erstatteten Berichte über Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage am Anfang dieses Monats sind auf einen besseren Ton gestimmt als die bisherigen, die nur einen Niedergang der Gesamtwirtschaft zu melden wußten. Zusammenfassend wird darüber mitgeteilt:

Zu Ende November und in den ersten Tagen des Dezember war hier und da eine Berlangsamung des wirtschaftlichen Niederganges zu erkennen. Zwar nahm die Zahl der Arbeitslosen noch weiter zu, aber dies war als Folge der Wirtschaftslage in dem vergangenen Zeitraum zu bewerten und nicht so sehr als Kennzeichen der gegenwärtigen Wirtschaftsentwicklung. Diese wird vielmehr gekennzeichnet durch eine leichte Belebung im Ein- und Ausfuhr, die sich, wenn auch nur teilweise, bereits im Beschäftigungsgrad der Betriebe, in dem verminderten Maß der Kurzarbeit und in einer etwas vermehrten Nachfrage nach Arbeitskräften auswirkt. Allerdings sind diese Zeichen einer günstigeren Entwicklung nur für einzelne Gebiete und für einzelne Berufswege feststellbar. Soweit demnach eine Besserung der Wirtschaftslage hervorzuheben ist, sie naturgemäß nicht unbefleckt von dem bevorstehenden Reichswechsel, wenn auch die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung hier enge Grenzen zieht. Wichtigster ist der Einfluß der Stabilisierung der Mark im Zusammenhang mit der Herausgabe der Rentenmark. Das Vertrauen, welches die neue

Währungsreform in der Bevölkerung gefunden hat, muß sich früher oder später auch in der Wirtschaft widerspiegeln. Es hat bereits in gewissem Umfang zu einem Abbau der Rißkluft zwischen dem Handel und der Produktion geführt und schließt eine Ermüdung zur Produktion überhaupt in sich. — Im besetzten Gebiet (so die Wirtschaft auch in der zweiten Novemberhälfte mehr noch still). Welche Wirkungen sich dort für das Wirtschaftswesen aus dem Abschluß der Verträge der Industriellen mit den Besatzungsmächten ergeben werden, bleibt abzuwarten. Eine Belebung des Arbeitsmarktes in nächster Zeit steht aber wohl zu erhoffen, wenn die hierfür in den Betrieben gebrachten außerordentlichen Opfer nicht vergeblich sein sollen.

In den Berichten über den Beschäftigungsgrad kommt die Belebung des Ablasses allerdings noch nicht zum Ausdruck. Die Zahl der schlecht beschäftigten Betriebe hat vielmehr noch zugenommen, die der befriedigend beschäftigten betrug sich um 3 Proz. vermindert. Im Vergleich zum Vorjahr aber ergibt sich noch immer das tröstliche Bild der Wirtschaftsentwicklung, das durch die verminderte Inflation herbeigeführt wurde. Von 100 Beschäftigten entfielen nämlich

	auf gut beschäftigte Betriebe:	mittel	schlecht
im November 1922 . . . . .	47,7	24,0	18,0
„ Oktober 1922 . . . . .	6,0	25,0	69,0
„ November 1923 . . . . .	6,0	22,0	72,0

Wichtig ist die Lage in den einzelnen Gewerbebezirken, über die gleichartige Berichte vorliegen. Außerordentlich unzulässig scheidet die Eisen- und Metallindustrie ab, wo Mitte November überhaupt kein gut beschäftigter Betrieb mehr gezählt wurde und die Zahl der befriedigend beschäftigten Werke von 15 auf 12 v. H. zurückging, die der schlecht beschäftigten Unternehmen dagegen von 85 auf 88 v. H. stieg. Im Maschinenbau erhöhte sich der Anteil der Betriebe mit schlechtem Beschäftigungsgrad von 76 auf 82 v. H., die Zahl der Arbeiter in Betrieben mit befriedigendem Beschäftigungsgrad sank von 22 auf 15 v. H. In der elektrotechnischen Industrie fiel der Anteil der befriedigend beschäftigten Betriebe von 60 auf 57 v. H., während die schlecht beschäftigten Werke von 37 auf 40 v. H. sich erhöhten. Die Besserung des Ablasses wird insbesondere aus einzelnen Teilen der Textilindustrie, der Holzindustrie und der Schuhindustrie verzeichnet. Irreführend ist auf den Einfluß des Reichswechsels zurückzuführen, der bereits als Anzeichen einer besseren Konjunktur gewertet werden kann, läßt sich natürlich jetzt noch nicht sagen.

## Reichswechsel und Rentenbank.

Bekanntlich hat sich die Rentenbank gewiegert, dem Reich über den ihm gesetzlich zustehenden Kredit hinaus noch freiwillig ein Darlehen zu gewähren, um ihm den Uebergang bis zur Vergrößerung der Steuereinnahmen zu erleichtern. Das Reich wurde so genötigt, auf andere Weise eine kurzfristige Anleihe aufzunehmen, und es tut dies durch Ausgabe von Schatzwechseln, die mit 8 bis 9 Prozent verzinst sind und auf Rentenmark lauten. Das Reich geht also schwebende Schulden ein, die vollständig durch Steuern abgedeckt oder in eine langfristige Anleihe umgewandelt werden müssen. Die Gefahr, daß derartige Schulden inflationistisch wirken, besteht solange nicht, als nicht daraufhin neue Noten gedruckt werden. Das ist aber jetzt nicht der Fall; das Reich nimmt keinen Kredit am freien Markt auf und die Rentenbank hat damit gar nichts zu tun. Deren Verpflichtung, Rentenmark nur auf Grund von Rentenbriefen zu drucken, bleibt unverändert bestehen.

Und doch hat die Rentenbank von dieser Schatzwechelausgabe einen gewissen Vorteil. Bisher bestand wenigstens theoretisch für alle Besitzer größerer Beträge von Rentenmark ein starker Anreiz, dieses Geld in Rentenbriefe umzutauschen, um dadurch in den Genuss von Goldzinsen zu gelangen. Von dieser Möglichkeit wurde noch nicht viel Gebrauch gemacht. Die Rentenbank ihrerseits hat gar kein Interesse daran, daß ihr viel Rentenbriefe abgenommen werden. Denn je mehr Rentenbriefe in Privat Händen sind, desto mehr Zinsen muß sie bezahlen, während Geld ja bekanntlich unersparlich umläuft. Bestand nun bisher immerhin ein gewisser Anreiz, die Rentenbriefe der Bank abzugeben, so wird er durch die Ausgabe der Rentenmark-Schatzweisungen so gut wie ganz beseitigt.

Denn wer wird einen mit 5 Prozent verzinslichen Rentenbrief kaufen, dessen künftiger Kurs nicht feststeht, wenn er die Möglichkeit hat, einen kurzfristigen Schatzwechsel zu erwerben, der ihm fast fünf acht Prozent bringt, bei dem ihm die Rückzahlung der vollen Summe garantiert ist und für den ihm die Zinsen im Diskont sogar vorausgezahlt werden? Die Rentenbank hat also von der Ausgabe der Rentenmarkwechsel des Reiches einen ertrümlichen Vorteil. Sie spart die Zinsen, die sie sonst den Anwärtern auf Rentenbriefe zahlen müßte, weil diese jetzt die höher verzinsliche Anleihe in Schatzwechseln vorziehen.

## Richtpreise in Berlin im Nahrungsmittel-Großhandel und im Verkehr mit dem Einzelhandel in Originalpackung vom Donnerstag, den 20. Dezember.

offiziell festgestellt durch den Landesverband Berlin und Brandenburg des Reichsverbandes des Deutschen Nahrungsmittel-Großhandels E. V. Berlin. Die Preise verstehen sich in Gold-M. für 50 kg in Originalpackung ab Lager Berlin.

Gerstengraupen, lose . . . . .	22,00	22,45	Nelken, Zanibar . . . . .	266,47
Gerstengraupen, lose . . . . .	22,00	22,45	Schwarzer Pfeffer Sinesig . . . . .	114,10
Haterrücken, lose . . . . .	22,20	22,70	Weißer Pfeffer . . . . .	141,24
Haterrücken, lose . . . . .	22,20	22,70	Pinnet Jamaica . . . . .	55,60
Maisröhre . . . . .	20,45	20,95	Kaffee Prime roh . . . . .	195,10
Maisröhre, lose . . . . .	24,50	24,75	Kaffee Superior . . . . .	195,10
Roggenmehl 01 . . . . .	15,50	16,50	Röstkaffee Brasil . . . . .	274,00
Weizenmehl . . . . .	21,00	21,55	Malkaffee, los . . . . .	4,00
Harz . . . . .	17,00	19,00	Röstkaffee, los . . . . .	23,00
Weizenmehl . . . . .	21,00	22,15	Ersatzmischungen mit 20% . . . . .	—
Weizen Auszugmehl . . . . .	36,70	37,95	Kaffee, cepecht . . . . .	91,00
Speisenbren, Victoria . . . . .	3,00	31,70	Kalkopu v. lose Lettarm . . . . .	150,00
Speisenbren, kleine . . . . .	28,45	31,15	Teel in Kisten Souchon . . . . .	360,00
Bohnen, weiße, Perl . . . . .	34,45	35,15	Inlandszucker basis mel . . . . .	46,00
Landbohnen, handverlesen . . . . .	27,25	33,90	Inlandszucker Raffinade . . . . .	49,00
Linsen, kleine . . . . .	24,60	44,60	Zucker Würfel . . . . .	49,00
Linsen, mittel . . . . .	44,55	51,70	Kunsthonig . . . . .	53,20
Linsen, große . . . . .	24,00	—	Marmelade Einfr. Erdh. . . . .	111,50
Kartoffelmehl . . . . .	42,20	—	Marmelade Vierfrucht . . . . .	61,00
Makkaroni, lose . . . . .	32,50	—	Siegesalz in Säcken . . . . .	7,95
Schnittmehl n. fore . . . . .	22,52	—	Siegesalz in Säcken . . . . .	4,81
Burma II unelastert . . . . .	19,90	—	Siegesalz in Packung . . . . .	7,70
Stam Patna I glasirt . . . . .	19,15	—	Steinsalz in Packung . . . . .	5,40
Greber Bruchreis . . . . .	14,25	—	Bratenschnitz in Tierces . . . . .	88,00
Reisgriele u. mehrl, lose . . . . .	165,55	—	Bratenschnitz in Kibeln . . . . .	88,00
Rinsapfel, amerik. extra . . . . .	137,00	—	Pureard in Tierces . . . . .	88,00
cho or . . . . .	90,10	—	Pureard in Kissen . . . . .	59,00
Getr. Anrikosen, cal fancy . . . . .	68,52	—	Mar. arine, Hanol's mark . . . . .	62,00
Getr. Hirsen, cal fancy . . . . .	24,45	—	Margarine, Spezialmarke . . . . .	66,99
Getr. Pflirsche, cal extra . . . . .	39,31	—	Molkereibutter . . . . .	76,00
choice . . . . .	70,65	—	Cornd. beef 12 1/2 lbs p. K . . . . .	38,00
Getr. Pflirschen . . . . .	106,00	—	Cornd. beef 24 Dosen à . . . . .	—
Korinthen in Kist. choice . . . . .	99,50	—	2 Unzen . . . . .	—
Korinthen in Kisten . . . . .	106,00	—	Cornd. beef 48 1/2 Unz . . . . .	—
Sultaninen in Kisten . . . . .	106,00	—	Speck, reseller, fest . . . . .	90,00
Mandeln, bittere Bari . . . . .	106,15	—	Quadratische . . . . .	7,00
Mandeln, süße Avola . . . . .	106,15	—	Quadratische . . . . .	90,00
Kaneel . . . . .	136,15	—	Quarkkäse . . . . .	14,00
Kassia Vera . . . . .	136,15	—	Tilsiter Käse, vollfest . . . . .	14,00
Kassia Falsa . . . . .	136,15	—	Tilsiter Käse, halbfest . . . . .	12,00
Kümmel, holländischer . . . . .	136,15	—		

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

# Leineweber

Berlin C, Köllnischer Fischmarkt 4-6

## Besonders billige Preise

- Herren-Sacco-Anzüge** in modernen Stoffen und Formen, ein- und zweireihig . . . . . von M. **36,00 an**
- Blaue Sacco-Anzüge** Kammgarn- und Cheviotstoffe . . . . . von M. **65,00 an**
- Smoking-Anzüge** prima Kammgarn- und Meltonstoffe . . . . . von M. **100,00 an**
- Herren-Ulster** die neuen Formen in Flausch, Velours und Cheviot . . . . . von M. **36,00 an**
- Herren-Paletots** schwarz und marango; Rockpaletots sowie ein- und zweireihige Formen . . . . . von M. **48,00 an**
- Cutaways** schwarz und marango, in bester Ausführung . . . . . von M. **36,00 an**
- Gestreifte Hosen** reichhaltige Auswahl haltbarer Stoffe . . . . . von M. **5,50 an**

- Herren-Sport-Anzüge** gemustert, Cheviot, einfarbiger Loden und Manchester . . . . . von M. **36,00 an**
- Herren-Ski-Anzüge** Männer Trikot und farbiger Wipcord, zweckmäßige Formen . . . . . von M. **95,00 an**
- Herren-Loden-Joppen** dreifach, warm gefüttert; Sportform mit Falten und Gürtel . . . . . von M. **24,00 an**
- Herren-Haus-Joppen** Flausch und Velours, in verschiedenen Farben; elegante Seidenjacken . . . . . von M. **26,00 an**
- Herren-Haus-Anzüge** mollige Stoffe mit sparten Besätzen in vornehmer Art . . . . . von M. **44,00 an**
- Windjacken für Herren und Damen**, topgründliche Leinen- und Gabardinstoffe . . . . . von M. **16,00 an**

- Knaben-Schlüpf-Anzüge** blau und farbige Cheviots . . . . . von M. **12,00 an**
- Kieler Anzüge** M. Melton, mit kurzer Hose, für 3 Jahre . . . . . von M. **26,00 an**
- Knaben-Ulster und Schlüpfer** neueste Farben und Formen . . . . . von M. **14,00 an**
- Jünglings-Sport-Anzüge** blau und farbig, mit Breches . . . . . von M. **26,00 an**
- Jacket-Anzüge** gemustert und einfarbig, mit Umschlaghose . . . . . von M. **28,00 an**
- Jünglings-Ulster und Schlüpfer** modernster Schnitt, elegante Verarbeitung . . . . . von M. **36,00 an**

**Herren-Artikel:** Oberhemden, Sportmützen, Krawatten, Handschuhe, Wollwesten, Rodelgarnituren, Sporthemden, Hüte, Hosenträger, Sportschlusen, Woll-Schals.

Sonntag den 23. Dezember von 1 bis 5 Uhr geöffnet.



